



SCHWERPUNKTTHEMA

**Kirchentage - Ketzertage - Humanistentage**

**Zwischen Selbstbespiegelung und politischem Handeln**

# Inhalt

## Editorial

Christoph Lammers Gesellschaftliche Bedeutung erlangen .....	1
--	---

## Neulich ...

... in Norwegen .....	26
-----------------------	----

Netzreport .....	24
------------------	----

Zündfunke .....	37
-----------------	----

## Buchbesprechung

Franz Josef Wetz: Tot ohne Gott .....	39
---------------------------------------	----

Internationale Rundschau .....	40
--------------------------------	----

Termine .....	56
---------------	----

Impressum .....	57
-----------------	----

## Schwerpunktthema:

# Kirchentage – Ketzertage – Humanistentage

Daniela Wakonigg

Ketzertag – auf dem Weg zum Erfolgsmodell .....	3
---	---

„Trennung von Staat und Kirche, humanistische Werte, Verständigung“

Gespräch mit Konny G. Neumann über den

Deutschen Humanistentag 2019 .....	9
------------------------------------	---

## Staat und Kirche

Vera Muth

**Kirchliches Arbeitsrecht weiter  
umkämpft**

Diakonie zahlt einem konfessionslosen Arzt Entschädigung und zieht gleich- zeitig nach Karlsruhe .....	17
--	----

Gunnar Schedel

**Emanzipatorische Religionspolitik?**

Eine Anfrage an Abgeordnete der Linken zeigt unterschiedliche Positionen innerhalb der Partei .....	20
---	----

Petra Bruns

**BAStA – Bündnis altrechtliche**

Staatsleistungen abschaffen .....	22
-----------------------------------	----

## Prisma

**Schlussmachen! Jetzt!**

Die Buskampagne verschaffte der Forderung nach Trennung von Staat und Kirche öffentliche Aufmerksamkeit .....	27
--	----

Farid Mahnad

**Es ist 40 Jahre her...**

Ein Rückblick auf Entstehung und Entwicklung der Islamischen Republik Iran .....	31
--	----

Theodor Weißenborn

**„Ein reines Geistwesen“**

oder Wie man einen Autor besser verstehen kann, als er sich selbst versteht! .....	35
--	----

## Gesellschaftliche Bedeutung erlangen



Die beiden christlichen Kirchen hatten in Deutschland über Jahrzehnte das Glaubensmonopol inne. Mit den gesellschaftlichen und politischen Umbrüchen der letzten Jahrzehnte wuchs nicht nur die Zahl der Anbieter anderer weltanschaulicher Ideologien. Die Kirchen sahen sich zudem verstärkt der strukturellen Kritik ausgesetzt. Die Zahl konfessionsfreier Menschen nahm stetig zu und humanistische und religionskritische Organisationen begannen sich zu organisieren. Nicht zu vergessen der sich wandelnde Zeitgeist, der die Kirchen dazu zwang, sich moralisch fragwürdiger Vorstellungen zu entledigen und sich zumindest vordergründig zu liberalisieren.

Diese Entwicklungen spiegeln sich in den Veranstaltungen wie Kirchentage, Ketzertage und Humanistentage wieder. An ihnen lassen sich die Entwicklungen

auf dem Weltanschauungsmarkt ablesen. Doch was unterscheidet Kirchentage, Ketzertage und Humanistentage voneinander? Wo liegen Gemeinsamkeiten? Was bringt uns Säkularen eine solche Großveranstaltung? Diese und weitere Fragen können in diesem Heft nicht abschließend beantwortet werden. Es geht wie immer darum, einen ersten Aufschlag zu wagen und einzuladen, mit- und weiterzudenken.

Kirchentage, insbesondere die evangelischen stehen sinnbildlich für die Verweltlichung des Glaubens und sind eher ein mehrtägiger, staatlich subventionierter Markt der Möglichkeiten als ein Ort theologischer Erleuchtungen und religiöser Unterweisung. Sicherlich werden die Themen aus einer christlichen Perspektive diskutiert. Trotzdem würde ich sagen, dass die Organisator\_innen der Kirchentage eine bewusste Abkehr von einer reinen Glaubensveranstaltung hin zu einer medienwirksamen und massenkompatiblen Eventveranstaltung vorgenommen haben.

Diese Entscheidung fiel nicht ohne Grund. Die thematische Breite und der Eventcharakter dienen dazu, den gesellschaftlichen Einfluss der Kirchen in Zeiten rapide sinkender Mitgliederzahlen zu stabilisieren und die erheblichen finanziellen Aufwendungen seitens des Staates an die Kirchen zu legitimieren. Doch Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und Sport können nicht darüber hinwegtäuschen, dass Kirchentage so wenig kirchlich sind wie Maria eine Jungfrau war. Die Kirchen

wurden quasi dazu genötigt, sich an den Zeitgeist anzupassen. Kirchentage müssen Spaß machen.

Anders sieht es bei den Ketzertagen aus. Sie bilden ein notwendiges Korrektiv zu den Kirchentagen. Mit ihrem Programm legen sie die Finger in die offene Wunde des Staat-Kirchen-Verhältnisses, halten Kirche und Politik den Spiegel vor und betreiben im besten Sinne Aufklärungsarbeit. Daniela Wakonigg erzählt in ihrem Beitrag die Entstehungsgeschichte der Ketzertage und wagt zugleich einen zaghaft hoffnungsvollen Ausblick in die Zukunft.

Anders als die Kirchentage, wo es um eine heile Welt des Glaubens geht, haben „Anti-Tage“ das klare Ziel, der Kirche in die sprichwörtliche Suppe zu spucken. Kein Wunder, wurde die Idee des Ketzertages, wie Wakonigg es schreibt, „aus Wut“ geboren. Ein durchaus nützlicher Antrieb bei der Planung und Durchführung einer antiklerikalen Veranstaltungsreihe. Es stellt sich in diesem Zusammenhang jedoch die Frage, ob sich die Ketzertage nicht zu sehr an den Kirchen abarbeiten? Wäre es nicht sinnvoller, statt sich abzugrenzen und eine Anti-Haltung einzunehmen, auf ein positives Image und ein selbstvergewisserndes Projekt hinzuwirken, um zu zeigen, dass man ohne Religion auch massenkompatibel sein kann?

In gewisser Weise versuchen die Organisator\_innen der Humanistentage genau diese Position zu besetzen. Einerseits mit (religions)kritischen Vorträgen, andererseits mit sich zum Humanismus bekennenden Veranstaltungen, soll ein positives Bild nichtreligiöser Menschen vermittelt werden. Es geht den Veranstalter\_innen um ein breites Spektrum von politischen

Positionen, die in die Gesellschaft hineingetragen werden sollen, um diese mitzugestalten. Doch auch hier bleiben bei näherer Betrachtung Fragen. Denn anders als bei den so genannten Anti-Tagen (Ketzertage) orientieren sich die so genannten Selbst-Tage (Humanistentage) in gewisser Weise am Muster der Kirchentage. Aber braucht die säkulare Szene diese Selbstvergewisserung, die Religion offensichtlich nötig hat?

Ketzerisch sei an dieser Stelle die Frage in den Raum geworfen, ob das Ablegen eines Bekenntnisses zur Demokratie auf dem kommenden Humanistentag in Hamburg, wie es sich Konny G. Neumann in seinem Interview mit unserem Magazin wünscht, tatsächlich das Maß aller Dinge ist? Oder steht dieser Wunsch nicht sinnbildlich für die Krise, in der sich die Demokratie und deren Institutionen seit Jahren befinden?

Ich behaupte, dass solche Symbolpolitik zum Erstarken identitärer Strömungen links wie rechts beigetragen hat. Die Sehnsucht nach Harmonie und Akzeptanz, wie sie auf Kirchen- und Humanistentagen zu finden ist, spielt den reaktionären Kräften in die Hände. Eine bessere, eine religionsfreie Gesellschaft lässt sich nur dadurch erreichen, indem wir uns zusammensetzen, vernetzen, politische Themen setzen und damit aktiv in die gesellschaftlichen Diskurse eingreifen. Ziel muss immer sein, eine gesellschaftspolitische Hegemonie zu erlangen – im Sinne einer Gesellschaft freier Menschen, mit Rechten und Teilhabe. Frei von Dogmen sowie religiöser und pseudo-religiöser Bevormundung und frei von Privilegien für einzelne. In diesem Sinne, Geschichte wird gemacht!

# Ketzertag - auf dem Weg zum Erfolgsmodell

**Ketzertage verstehen sich als kritische Gegenveranstaltungen zu Kirchentagen. 2018 fand in Münster parallel zum dortigen Katholikentag der erste Ketzertag statt, im Juni dieses Jahres in Dortmund der zweite während des Evangelischen Kirchentags. Der „Ketzertag“ hat das Potential, eine reguläre Gegenveranstaltungsreihe zu Kirchentagen zu werden.**

Geboren wurde die Idee für den ersten Ketzertag aus Wut. Nach monatelanger säkularer Aufklärungsarbeit hatte der Rat meines Wohnortes Münster 2015 ursprünglich beschlossen, dem Veranstalter des dortigen Katholikentags 2018 nicht die beantragte Bar-Förderung in Höhe von 1,5 Millionen Euro zu gewähren. Ein historischer Akt. Noch nie hatte sich ein deutscher Stadtrat den finanziellen Wünschen eines Kirchentagsveranstalters verweigert. Und dann sowas, ausgerechnet im katholischen Münster. Der Fall ging deutschlandweit durch die Presse und klärte dabei so manchen Leser und so manche Leserin darüber auf, mit welchen immensen Summen an öffentlichen Geldern die jährlich im Wechsel stattfindenden evangelischen und katholischen Kirchentage finanziert werden.

2017 jedoch wendete sich das Blatt. Die Grünen, die zuvor gegen die Katholikentagsfinanzierung waren, gingen im Stadtrat eine Koalition mit der CDU ein und stimmten nun für eine erhebliche finanzielle Förderung des Katholikentags. Als ich am Tag dieser Entscheidung im Ratssaal saß, fasste ich den Entschluss, den Katholikentag

in Münster 2018 nicht ohne eine große Gegenveranstaltung verstreichen zu lassen.

## Ein griffiger Name

Der Name für das Event war fast im selben Augenblick geboren. Da sich die Säkularen Münsters seit zehn Jahren regelmäßig beim vom *Internationalen Bund der Konfessionslosen und Atheisten* (IBKA) organisierten „Ketzertag“ treffen, lag der Name „Ketzertag“ förmlich auf der Hand. Auch in anderen Städten hatte es in der Vergangenheit während religiöser Großereignisse säkulare Gegenveranstaltungsreihen gegeben. Sie trugen Titel wie „Säkulare Tage“ oder „Religionsfreie Zone“, doch ein eindeutiges, regelmäßig wiederverwendetes und griffiges Label gab es nicht.

Dass der Begriff „Ketzertag“ das Potential für ein solches Label haben könnte, zeigte sich erstaunlich schnell. Aufgrund begrenzter finanzieller Mittel und kirchenfreundlicher Lokalmedien in Münster war die im Vorfeld des Ketzertags 2018 gemachte Werbung relativ gering. Wir zeigten Präsenz in den sozialen Medien, schalteten kostenlose

Daniela Wakonigg ist Mitglied der MIZ-Redaktion. In Heft 3/18 schrieb sie über den Kampf um den weiblichen Unterleib. Was den Ketzertag angeht, gilt: Sie hat's erfunden.

---

Anzeigen in digitalen Portalen der alternativen lokalen Szene und versorgten die Kneipen mit Umsonst-Postkarten und Plakaten. Eine Flyer-Verteil-Aktion am Wochenende vor dem Event in der Innenstadt von Münster war dazu gedacht, unsere Bekanntheit zu erhöhen. Doch zu unserer Überraschung war der Ketzertag zu diesem Zeitpunkt bereits vielen Menschen in Münster ein Begriff.

Obwohl die Bezeichnung „Ketzler“ ursprünglich für innerkirchliche und damit religiöse Kirchenkritiker genutzt wurde, hat sie längst eine Bedeutungsverschiebung erfahren. Heute identifizieren sich – ein wenig augenzwinkernd – Menschen mit dem Begriff „Ketzler“, die kirchliche Lehren ablehnen und 'von außen' kritisieren. Viele Kritiker der Kirche und des Kirchentags konnten sich bei unseren Gesprächen in der Innenstadt mit diesem Begriff identifizieren. Was mit einem „Ketzertag“ gemeint ist, war ihnen unmittelbar klar. Auch in den sozialen Medien und innerhalb des säkularen Spektrums sprach sich der Ketzertag schnell herum. Was ursprünglich ein lokales Gegenevent mit religions- und kirchenkritischen Vorträgen und Veranstaltungen werden sollte, zog unerwarteterweise Säkulare aus dem höchsten Norden und dem tiefsten Süden Deutschlands ins westfälische Münster. Der Veranstaltungsraum platzte aus allen Nähten, so dass ein Livestream ins Internet und eine Übertragung ins Foyer Abhilfe schaffen mussten.

Da in diesem Jahr knapp hundert Kilometer weiter südlich in Dortmund der Evangelische Kirchentag 2019 stattfinden sollte, plante auch die vor Ort aktive säkulare Gruppe *Religionsfrei im Revier* – deutschlandweit bekannt durch das verbotene Aufführen des Films *Das Leben des Brian* am Karfreitag – eine Gegenveranstaltungsreihe. Bald fasste man den Entschluss, nach dem Erfolg des Vorjahrs events auch in Dortmund das Label „Ketzertag“ zu nutzen. Ebenso wie im Vorjahr in Münster übernahmen die Finanzierung des Dortmunder Ketzertags IBKA und *Giordano-Bruno-Stiftung* (gbs).

## Kein Label für alle Säkularen

Allerdings muss deutlich gesagt werden, dass sich mit dem Label „Ketzertag“ nicht alle Säkularen anfreunden können. Dies zeigte sich deutlich in diesem Jahr in Dortmund. Während *Religionsfrei im Revier* bereits in den Vorbereitungen zum Ketzertag steckte, wurde bekannt, dass der *Humanistische Verband* Nordrhein-Westfalens an seinem Dortmunder Hauptsitz parallel zu Kirchen- und Ketzertag einen Humanistentag veranstalten würde. HVD-Vertreter betonten, dass es sich lediglich um ein dreitägiges Straßenfest mit Vorträgen anlässlich des höchsten humanistischen Feiertags handle, des Welthumanistentags, der nun mal ausgerechnet während des Kirchentags am 21. Juni stattfände. Auf Seiten der Ketzertagsveranstalter wurde der Humanistentag des HVD als bewusst gesetzte Konkurrenzveranstaltung zum Ketzertag wahrgenommen. Diskussionen zwischen den Vertretern beider Lager zeigten tatsächlich, dass die Distanzierung vom Ketzertag keineswegs nur eine Einbildung war. Einige



Die Mutter aller Ketzertage – Münster 2018. Am Mikrophon: Daniela Wakonigg. (Foto: © Winfried Rath)



Ketzertage reloaded – Dortmund 2019. Der Ketzertag Dortmund konterte das Kirchentagsmotto *Was für ein Vertrauen* mit dem Motto *Vertrauen? Zerplatzt!*. (Foto: © Daniela Wakonigg)

# Kirchentage: Staatlich finanzierte Glaubensfeste

Die Geschichte der Kirchentage reicht in Deutschland zurück bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts. Erst seit der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg findet in Deutschland jedoch regelmäßig in jedem Jahr jeweils ein katholischer oder evangelischer Kirchentag statt – in ungeraden Jahren ein Evangelischer Kirchentag, in geraden Jahren ein Katholikentag und gelegentlich auch ein ökumenischer Kirchentag. Die Kirchentage werden in wechselnden deutschen Städten und Regionen veranstaltet.

Während der mehrtägigen Glaubensfeste gibt es gemeinsame Gebete und Bibelarbeit, Vorträge über Gott und die Welt, die industriemesseartige Präsentation von christlichen Organisationen sowie Konzerte. Der Eventcharakter der Kirchentage dient der Mitgliederbindung – vor allem junger Kirchenmitglieder, die als ehrenamtliche Helferinnen und Helfer eingesetzt werden. Umfragen zeigen, dass viele Kirchentagsbesucher ihrer Kirche nahe stehen und regelmäßig Kirchentage besuchen.

Träger von Katholikentagen sowie von Evangelischen Kirchentagen ist ein eigenes für den jeweiligen Kirchentag gegründeter Trägerverein. Dieser Trägerverein bekommt jeweils für die Dauer von rund zwei Jahren eine eigene Geschäftsstelle in der Stadt, in der der jeweilige Kirchentag stattfindet, und kümmert sich um die Organisation, Programmplanung, Öffentlichkeitsarbeit, Spendeneinwerbung etc. Hinter den Trägervereinen des jeweils speziellen Kirchentags steht bei den Katholikentagen das *Zentralkomitee der deutschen Katho-*

*liken* (ZdK) und bei den evangelischen Kirchentagen der *Verein zur Förderung des Deutschen Evangelischen Kirchentags e.V.* Die Veranstalter beider Konfessionen betonen stets, dass Kirchentage nichts mit der Amtskirche zu tun hätten, sondern Veranstaltungen von christlichen Laien seien. Diesen Eindruck versucht man unter anderem durch diese verschachtelte Vereinsstruktur herzustellen.

Grundsätzlich gilt hinsichtlich der Finanzierung der evangelischen und katholischen Kirchentage das sogenannte Prinzip der „Drittelfinanzierung“: Ungefähr ein Drittel der Finanzierung eines Kirchentags trägt das Bistum, in dem der Kirchentag stattfindet. Ein weiteres Drittel stammt aus den Eintrittskarten für den Kirchentag, aus Kirchen-Kollekten sowie aus sonstigen Spenden, die vom Trägerverein eingeworben werden. Das letzte Drittel stammt schließlich von der öffentlichen Hand, wobei die öffentlichen Gelder aus drei unterschiedlichen Quellen stammen: Der Stadt, in der der jeweilige Kirchentag stattfindet, dem Bundesland, in dem er stattfindet, sowie dem Bund. Der diesjährige 37. Deutsche Evangelische Kirchentag in Dortmund wurde beispielsweise mit mindestens 7,822 Millionen Euro an öffentlichen Fördermitteln gesponsert, was 36 Prozent seines Gesamtbudgets entspricht. Das Prinzip der „Drittelfinanzierung“ ist jedoch nur eine grobe Richtlinie. Regelmäßig steigt der öffentliche Finanzierungsteil der Kirchentage über ein Drittel. Beim evangelischen Kirchentags-Event im Lutherjahr 2017 betrug die öffentliche Förderquote sogar über 50 Prozent.



Zur Rechtfertigung der öffentlichen Förderung werden im Wesentlichen drei Argumente benannt. Erstens hätten auf einem Kirchentag stattfindende Diskussionen gesamtgesellschaftliche Relevanz, zweitens handele es sich bei Kirchentagen nicht um Veranstaltungen der reichen Kirche, sondern der armen Laien, und drittens habe ein Kirchentag für die Stadt, in der er veranstaltet wird, wirtschaftlichen Nutzen. Alle drei Argumente müssen jedoch höchst kritisch betrachtet werden:

Bedeutsame gesellschaftliche Themen werden auf Kirchentagen stets aus christlicher Perspektive verhandelt, wodurch die Diskussionen für Anders- und Nichtgläubige uninteressant und irrelevant sind. Entsprechend zeigen Umfragen, dass über 90 Prozent der Besucher eines Kirchentags der christlichen Konfession des Veranstalters angehören. Eine gesamtgesellschaftliche Relevanz der Diskussionen während des Kirchentags ist daher nicht zu erkennen, allenfalls eine Relevanz innerhalb der jeweiligen christlichen Community. Sowohl bei der evangelischen als auch bei der katholischen Kirche ist diese Community jedoch bekanntlich stark im Schrumpfen begriffen. Entsprechend der sinkenden Mitgliederzahlen der beiden christlichen Großkirchen in Deutschland sinken übrigens auch die Besucherzahlen der Kirchentage.

Auch der behauptete Laiencharakter sowie eine wirkliche Unabhängigkeit der Kirchentage von der Amtskirche sind bei näherem Hinsehen nicht wirklich zu erkennen. Nicht nur werden Kirchentage zu einem Drittel vom jeweiligen Bistum finanziert und weitere Kollekten von der Amtskirche eingeworben, auch die Träger der Kirchentage sind weniger amtskirchenfern als behauptet. So wird beispielsweise das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken, die offizielle Vereinigung deutscher katho-

lischer Laien, zu 83,7 Prozent von der katholischen Kirche finanziert, genauer dem Verband der Diözesen Deutschlands. Auch kann im ZdK nicht jeder katholische Laie Mitglied werden. Seine rund 230 Mitglieder werden von den Diözesanräten oder der Arbeitsgemeinschaft katholischer Organisationen Deutschlands ins ZdK gewählt, also von Kirchenfunktionären und Kirchentreuen.

Selbst der zur Rechtfertigung öffentlicher Finanzierungen immer wieder herangezogene vermeintliche wirtschaftliche Nutzen eines Kirchentags für die Stadt, in der er veranstaltet wird, kann einer näheren Betrachtung nicht standhalten. Zwar profitieren Hotellerie und Gastronomie in einer Kirchentagsstadt, doch fließt nur ein Bruchteil der getätigten Einnahmen zurück in den Stadtsäckel, dem die öffentlichen Gelder zur Förderung des Kirchentags entstammen. Darüber hinaus kam eine Marktforschungsstudie zu den Geldflüssen beim evangelischen Kirchentag 2009 in Bremen, durchgeführt von der Hochschule Bremen, zu dem Ergebnis, dass ohnehin nur 7,6 Prozent der Teilnehmer des Kirchentags in Hotels schliefen. Die meisten übernachteten in Privat- oder Gemeinschaftsquartieren wie Turnhallen. Ferner zeigte die Studie, dass die Geschäfte in der Innenstadt während der Dauer des Kirchentags einen Umsatzrückgang von 40 Prozent hatten, da zum einen die Kirchentagsteilnehmer nicht zum Shoppen in die Stadt kamen und sich die Einheimischen zum anderen von den Menschenmassen des Kirchentags abgeschreckt fühlten und die Innenstadt mieden.

DW



Vertreter des HVD formulierten deutlich, dass sie sich mit dem Namen Ketzertag und dessen primär kirchen- und religionskritischer Ausrichtung nicht identifizieren könnten. Eine bekannte Verwerfungslinie zwischen dem HVD, dem es primär um die Verbreitung seiner humanistischen Weltanschauung geht, und den meisten übrigen Vereinigungen des säkularen Spektrums, deren vorrangiges Ziel die Trennung von Staat und Kirche ist. Anlässlich des Ketzertags im Vorjahr waren an dieser Verwerfungslinie nur deshalb keine Spannungsbeben entstanden, da in der säkularen Diaspora Münsters außer dem IBKA keine anderen säkularen Vereinigungen Dependancen unterhielten.

Wie gut das Label „Ketzertag“ geeignet ist, kirchenferne Menschen anzusprechen, zeigte sich in Dortmund am unterschiedlichen Besuch der beiden mehrtägigen säkularen Veranstaltungsreihen. Der Ketzertag war deutlich besser besucht als das

Straßenfest des HVD. Und während sich bei der Veranstaltungsreihe des HVD im Wesentlichen Vereinsmitglieder einfanden, zogen die Veranstaltungen des Ketzertags auch religions- und kirchenkritische Menschen an, die bislang noch nicht in säkularen Organisationen gebunden sind.

## Der Ketzertag als Zukunftsmodell

Obwohl das Label „Ketzertag“ also wohl nie alle Säkularen unter einem Dach vereinen können, hat es großes Potential. Bereits in diesem Jahr während des zweiten Ketzertags schien es vielen Besuchern schon fast selbstverständlich, dass während eines Kirchentags ein kirchenkritischer Ketzertag stattfindet. Doch selbstverständlich ist das keineswegs. Es gibt keine zentrale Organisationsstruktur hinter dem Ketzertag. Die Idee des Events ist, dass der Ketzertag wie ein Wanderpokal von Kirchentagsstadt zu Kirchentagsstadt weitergereicht wird, wo die säkularen Kräfte vor Ort unter dem inzwischen bereits bekannten Label „Ketzertag“ eigenständig ihre jeweils ganz eigene Gegenveranstaltungsreihe zum Kirchentag organisieren. Die Veranstalter früherer Ketzertage stehen hierbei gern beratend zur Seite, doch die Konzeption und Organisation der einzelnen Ketzertage liegt allein in den Händen der jeweiligen Säkularen vor Ort. Ob der „Ketzertag“ auf Dauer ein Erfolgsmodell wird, hängt also von den aktiven säkularen Gruppierungen in den Regionen ab. Dass es bereits Anfragen zur Durchführung von Ketzertagen aus Städten gibt, in denen in kommenden Jahren Kirchentage stattfinden werden, lässt hoffen.

# „Trennung von Staat und Kirche, humanistische Werte, Verständigung“

Gespräch mit Konny G. Neumann über den  
Deutschen Humanistentag 2019

Seit einiger Zeit gibt es Humanistentage. Das sind Großveranstaltungen mit Vorträgen, Diskussionen und Kulturprogramm, auf denen die humanistische Szene sich trifft und humanistische Themen bespricht. Dieses Jahr findet der Deutsche Humanistentag (DHT) in Hamburg statt. Mit einem der Organisatoren, Konny Neumann, der zugleich Sprecher des DHT 2019 ist, unterhielt sich MIZ über die Kernaussagen, die Veranstalter und die Unterschiede zum Kirchentag.

**MIZ:** Wer ist eigentlich die Zielgruppe des Humanistentages? Ist das eher eine Veranstaltung von Humanisten für Humanisten oder soll dem Rest der Welt gezeigt werden, was Humanisten so umtreibt?

**Konny G. Neumann:** Sowohl als auch. Das Motto des Deutschen Humanistentages 2019 in Hamburg lautet: „Humanisten für Menschenrechte und Toleranz“. Es folgt damit dem Titel des Buches *Freier Blick 2016: Humanisten für Menschenrechte und Toleranz – gegen Rassismus – Antisemitismus, Fundamentalismus – Extremismus*, das 2017 erschienen ist und auf 200 Seiten die Gefahren für unsere Demokratie und die durch sie geschützten Menschenrechte aufzeigt. Es ist ein Ziel des Humanistentages, dass alle Humanisten, seien sie säkular oder noch religiös, in der heutigen kritischen Situation (Einschränkung der Gewaltenteilung, der Pressefreiheit u.a. in Polen, Ungarn, Türkei, England, USA, Russland, China und Saudi-Arabien, um nur einige Länder zu nennen) gemeinsam ihr Bekenntnis zu unserer

Demokratie ablegen. Deshalb werden auch neben zahlreichen säkularen Referenten Vertreter von evangelischem und katholischem Christentum, vom Judentum und dem Islam auf dem DHT 2019 auftreten.

**MIZ:** Auf der Webseite wird die Tagung mit dem sehr allgemeinen Untertitel „Zusammenkunft weltlicher Humanisten“ vorgestellt. Wenn du die inhaltliche Zielsetzung des Humanistentages mit drei Begriffen beschreiben müsstest, welche würdest du wählen?

**Konny G. Neumann:** Wir setzen uns für eine – wie im Grundgesetz vorgesehen – *reale Trennung von Staat und Kirche* ein.

In einer Zeit, in der die Gruppe der Konfessionsfreien ständig wächst (bundesweit jetzt über 40% – nach Untersuchungen eines von den Kirchen beauftragten Institutes ab 2050 70%!), bezweifeln wir, dass der 1949 im Grundgesetz verankerte Religionsunterricht (Artikel 7, Abs. 3) unter Aufsicht der Kirchen noch zeit-



Konny Neumann ist Vorsitzender der *Stiftung »Geistesfreiheit«*. Er war Sprecher der *Deutschen Humanistentags 2006* und bekleidet auch diesmal wieder diese Funktion. (Fotos: © Deutscher Humanistentag)

gemäß ist. Dass in den Lehrplänen den Kindern immer noch die Schöpfungsgeschichte vermittelt wird und die Evolution sehr selten oder gar nicht vorkommt, halten wir für falsch. Es ist sicher nicht verkehrt, dass über die Bibel unterrichtet wird, allerdings muss ihr Charakter deutlich werden: ein von Menschen geschriebenes und immer wieder überarbeitetes und verändertes Buch.

Wir vertreten *humanistische Werte*, also solche, bei denen der Mensch im Zentrum des Lebens und der damit verbundenen Wertvorstellungen steht, unabhängig von kirchlichen Dogmen. Wir treten ein für humanes Leben und ein humanes eigenverantwortliches Sterben, da wir die Würde des Menschen so auslegen, dass er grundsätzlich über sich selbst entscheiden kann.

Wir treten ein für eine *Verständigung* der Vertreter verschiedener Religionen und (säkularer) Weltanschauungen.

**MIZ:** Und wie schlagen sich Trennung von Staat und Kirche, humanistische Werte und die Verständigung der Religionen und Weltanschauungen konkret im Programm des Humanistentages nieder?

**Konny G. Neumann:** Ich vermeide es, das komplette Programm zu schildern, sondern nenne nur Beispiele für das reichhaltige und vielfältige Angebot.

Zur „Trennung von Staat und Kirche“ hören wir etwa Ingrid Matthäus-Maier (ehemalige MdB, Präsidentin der *Alumni von Bundestag und Europaparlament e.V.*) mit ihrem Vortrag zum Thema „Menschenrechte oder Kirchenrechte?“ oder Carsten Frerk, der die Frage stellt, ob die Staatsleistungen an die Kirchen gerechtfertigt sind.

Hierher gehört auch der Themenkomplex zum Religionsunterricht und mögliche Alternativen dazu. Breiten Raum nimmt die Aufklärung über die Jugendweihe ein, die es seit 1852 als Alternative zur Konfirmation gibt, nicht nur bei uns, sondern auch sehr verbreitet in allen Ländern Skandinaviens. Unser „special guest“ ist Siri Sandberg, die über die „humanistische Konfirmation“ in Norwegen berichten wird (in Oslo nehmen 18% der Jugendlichen an dieser Einrichtung mit Kursen und Feier teil).

Grundlegende Aussagen zu den Menschenrechten und Toleranz erwarten wir von Hartmut Krefß (Universität Bonn), wenn er über „Toleranz als Enrichment im Sinne der UN“ spricht.

Ad „Humanistische Werte“ wird zum Beispiel die Bundestagsabgeordnete und ehemalige Staatsministerin Aydan Özoğus zu hören sein: „Religionsfreiheit – ein Appell“.

Das Thema „Humanes Leben und Sterben – Patientenverfügungen“ wird



DEUTSCHER  
HUMANISTENTAG  
HAMBURG 2019

Haus der Patriotischen Gesellschaft • Trostbrücke 6 • 20457 Hamburg

**HUMANISTEN FÜR MENSCHENRECHTE UND TOLERANZ**

PODIUMSDISKUSSIONEN, REFERATE, WORKSHOPS u.v.m.

5. bis 8. September 2019



RELIGIONSFREIHEIT!

PRESSEFREIHEIT!

HUMANISTISCH LEBEN!

Anmeldung + Tickets (€ 10,- pro Person/Tag) + Programminfos unter ...  
**www.deutscher-humanistentag.de**

Tickets auch über [www.ticketino.com](http://www.ticketino.com) oder an der Tageskasse



#humanistentag2019



ATHEODOC (Atheistische Enzyklopädie), Bund für Geistesfreiheit, Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften, Dr. Paul Schulz, Giordano Bruno Stiftung Deutschland, Giordano Bruno Stiftung Hamburg, Humanistischer Pressedienst (hpd), Humanistischer Verband Deutschlands, Humanistische Akademie Berlin, Interessensgemeinschaft Humanistische Lebenskunde in Hamburg, Jugendweihe Deutschland, Jugendweihe Hamburg, Koordinierungsrat säkularer Organisationen (KORSO), Stiftung »Geistesfreiheit«, Tide (Hamburgs Communitysender), Whoishi - Gesichter im gegenwärtigen Humanismus, Säkulares Forum Hamburg (SF-HH)

ausführlich am Sonntag mit Experten, u.a. Gita Neumann vom HVD sowie Dr. Florian Willet und Claudia Magri von *Dignitas* aus der Schweiz behandelt. In diesen Bereich gehören auch die Informationen über den heutigen Religionsunterricht und Alternativen hierzu von Experten aus dem Bundesgebiet.

Unter „Verständigung“ bieten wir die Komplexe Religionen und Weltanschauungen vielfach an: Werner Zager (Herausgeber des Buches *Der neue Atheismus*) diskutiert zu diesem Thema mit dem Vorstandssprecher der *Giordano-Bruno-Stiftung* (gbs), Michael Schmidt-Salomon; auch die Podiumsdiskussion: „Menschenrechte bei Religionen und Weltanschauungsgemeinschaften“ mit Vertretern verschiedener Religionen und Weltanschauungen am Freitagabend gehört in diese Rubrik. Ebenfalls der Beitrag von Mina Ahadi, der Vorsitzenden des *Zentralrates der Ex-Muslime*.

**MIZ:** Wer veranstaltet und unterstützt den Humanistentag?

**Konny G. Neumann:** Der DHT 2019 wird von der Stiftung »Geistesfreiheit« in engster Zusammenarbeit mit den großen säkularen Organisationen: dem *Koordinierungsrat säkularer Organisationen*, Bundesverband (KORSO e.V.) und dem *Säkularen Forum Hamburg* (SF-HH e.V.) sowie allen in ihnen vertretenen Organisationen durchgeführt. Unterstützung kommt von den genannten Vereinigungen sowie der *Humanistischen Akademie Berlin-Brandenburg*, *Dignitas* (Schweiz), dem *Humanistischen Verband Norwegens* und letztlich auch vom Alibri Verlag, der das Buch zum humanistischen Theaterstück *Kristina und Descartes*

von Josh Goldberg ebenso wie den zum Humanistentag erscheinenden Begleitband *Freier Blick – Deutscher Humanistentag 2019* gemeinsam mit der *Stiftung »Geistesfreiheit«* verlegt.

**MIZ:** Ihr sprecht davon, dass der Humanistentag „von allen wichtigen säkularen Organisationen“ getragen wird. Ist das nicht ein bisschen dick aufgetragen? Der IBKA, der sich zwar nicht humanistisch definiert, aber eine wichtige Stimme im säkularen Konzert darstellt, fehlt beispielsweise in der Liste der Unterstützer...

**Konny G. Neumann:** In dem eben erwähnten Begleitband findet sich auch der IBKA – wie auch schon im *Freien Blick 2013*, in dem die säkularen Organisationen vorgestellt wurden. Außerdem ist der IBKA Mitglied im KORSO. Im Übrigen kommen laufend weitere Unterstützer hinzu, schneller als wir die Homepage ändern können. So sind wir auch gezwungen, nach der  $\alpha$ -Version eine  $\beta$ -Version des Programms zu erstellen, weil sich immer neue Interessierte melden, die noch auf dem Humanistentag mitmachen möchten.

**MIZ:** Wie finanziert sich der Humanistentag? (Der Eintrittspreis erscheint mir für eine viertägige Veranstaltung beeindruckend niedrig zu liegen.)

**Konny G. Neumann:** Einen Großteil der Kosten trägt die *Stiftung »Geistesfreiheit«*, deren Aufgabe laut Satzung u.a. ja auch ist, die freigeistig-freihumanistische und naturwissenschaftliche Bewegung, soweit sie auf wissenschaftlicher Grundlage beruht, zu fördern. Größere Beträge kommen von *Jugendweihe Deutschland e.V.*, vom KORSO, vom bfg Bayern und München. Obwohl der Hamburger Senat sei-

nerzeit den Kirchentag mit rund 7,5 Millionen Euro unterstützt hat, wurde unser Antrag auf eine bescheidene vierstellige Summe vom zuständigen Staatsrat abgelehnt. Wer uns unterstützen möchte, kann dies über unsere Homepage im Spendenportal *betterplace.org* gern tun.

**MIZ:** Das Programm konzentriert sich stark auf innenpolitische und europäische Themen. Wäre es nicht auch wichtig gewesen, einen Blick auf humanistische Bestrebungen im globalen Süden zu werfen?

**Konny G. Neumann:** Sicher, es gibt immer neue und weitere Themen, die erörterenswert sind. Es wird – davon bin ich überzeugt – in Zukunft weitere Humanistentage geben, vielleicht widmet sich ein zukünftiger Veranstalter diesen Themen. Wir haben allerdings das Thema „Säkulare Flüchtlingshilfe“ aus gegebenem Anlass aufgenommen.

**MIZ:** Beim kulturellen Rahmenprogramm fällt auf, dass ihr – was auf Kongressen eher selten ist – viel Theater anbietet. Wie kommt das?

**Konny G. Neumann:** Es sind zwei Theaterstücke, die gerade einmal sechs Stunden ausmachen gegenüber ca. 30 Stunden inhaltlicher Angebote. Ich halte das nicht für zu viel. Zudem gilt, es gibt mindestens zwei Gründe für diese Auflockerung: Zum einen steht da der allgemeine Vorwurf im Raum, säkulare Humanisten würden sich nur an den Wissenschaften orientieren und dabei bliebe das Emotionale, das den Menschen doch auch ausmache, auf der Strecke. Ich habe gerade in der Einleitung des von Isaak Kramnick herausgegebenen Buchs *The Portable Enlightenment Reader* zu die-

sem Thema „erleuchtende“ Gedanken gefunden. Sinngemäß finden wir dort (S. IX [meine Übersetzung]): „Wenige haben den Geist der Aufklärung (Enlightenment), ihr intellektuelles und soziales Anliegen so eingefangen wie Mozart in seinen Opern. *Die Zauberflöte*

## Philosophie durch ein Theaterstück präsentiert, das hat schon seinen Reiz.

mit ihren säkularen Priestern, die über den Tempel von Weisheit, Vernunft und Natur wachen, ist eine Serie von Variation vom Triumph des Lichtes über die Dunkelheit und der Sonne über den Mond, vom Tag über die Nacht, von Vernunft, Toleranz und Liebe über Leidenschaft, Hass und Rache.“ Kramnick führt aus, dass bei Mozart und entsprechenden Künstlern Freimaurerideale und Bilder en masse vorkommen und der Oper Bedeutung verleihen. So wird durch die Musik neben dem Gefühl durch die Handlung auch die Vernunft – geradezu belehrend – angesprochen.

Zum zweiten hat unser Freund Josh Goldberg eine Tetralogie von humanistischen Stücken geschrieben, die bestens in unser Programm passen und ein Ausgleich zu anspruchsvollen Vorträgen, Diskussionen und Workshops sein sollen. Näheres über die vier Stücke findet sich in *Freier Blick 2018: Kristina und Descartes*, der auf dem Humanistentag zu erwerben ist. Philosophie durch ein Theaterstück präsentiert, das hat schon seinen Reiz.

**MIZ:** Noch ein Wort zum Veranstaltungsort: die *Patriotische Gesellschaft von 1765* – was ist das?



**Konny G. Neumann:** Bei der ehrwürdigen *Patriotischen Gesellschaft von 1765* handelt es sich um eine Einrichtung, die bereits um die Mitte des 18. Jahrhunderts Ansätze demokratischer Bewegungen organisierte: „Unsere Geschichte beginnt mit dem Aufkeimen eines neuen bürgerlichen Bewusstseins. Noch 24 Jahre vor der französischen Revolution schlossen sich Bürger in Hamburg zur Patriotischen Gesellschaft zusammen. Beseelt von der Idee der Gleichheit der Menschen und dem Wunsch, Bürgerrechte und Gemeinwohl zu stärken. Heute sind wir die älteste zivilgesellschaftliche Organisation im deutschen Sprachraum – aber neuen Ideen gegenüber so offen wie am ersten Tag.“ So steht es auf der Homepage der *Patriotischen*

*Gesellschaft von 1765*. Es passt, dass wir dort den Humanistentag durchführen. Zur Eröffnung des Kongresses wird der Vorsitzende der Gesellschaft, Dr. Willfried Maier (ehemaliger Hamburger Senator) ein Grußwort sprechen. Die *Stiftung »Geistesfreiheit«*, ist Mitglied der Gesellschaft. „Patriotisch“ ist nicht im amerikanischen Sinne zu verstehen, wo wir oftmals einen Beigeschmack von „übergroßer Vaterlandsliebe“ verspüren. Das Gegenteil ist der Fall und passt zu Hamburg, dem Tor zur Welt mit weltoffenen Bürgern, von denen mehr als 60% konfessionsfrei sind. Weiteres und Näheres unter [www.patriotische-gesellschaft.de](http://www.patriotische-gesellschaft.de), ein Blick lohnt sich!

Mehr Informationen zum Deutschen Humanistentag 2019 unter [www.deutscher-humanistentag.de](http://www.deutscher-humanistentag.de).



## Werden Sie Mitglied im IBKA!

Im IBKA haben sich nichtreligiöse Menschen zusammengeschlossen, um die allgemeinen Menschenrechte – insbesondere die Weltanschauungsfreiheit – und die konsequente Trennung von Staat und Religion durchzusetzen. Wir treten ein für individuelle Selbstbestimmung, wollen vernunftgeleitetes Denken fördern und über die gesellschaftliche Rolle von Religion aufklären.

Mitglieder werden regelmäßig über die Tätigkeit des IBKA unterrichtet. Der IBKA veranstaltete in den Jahren 2012 und 2015 internationale atheistische Conventions; er vergibt den IBKA-Preis *Sapio* – zuletzt an Greg Graffin und *Ateizm Derneği* – und war Initiator der Kampagne *Gegen religiöse Diskriminierung am Arbeitsplatz* (GerDiA). Sie erhalten Informationsbroschüren sowie die Quartalsschrift MIZ. Wir beraten Sie auch gerne bei Fragen zum Kirchenaustritt wie zur Abmeldung vom konfessionellen Religionsunterricht an staatlichen Schulen.

Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit durch Ihre Mitgliedschaft oder Spende!

Der Regelbeitrag beträgt Euro 75 im Jahr. Es besteht die Möglichkeit zur Beitragsermäßigung.

Der IBKA ist als gemeinnützig anerkannt; Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar. Nach Eingang Ihres Aufnahmeantrages erhalten Sie eine Bestätigung Ihrer Mitgliedschaft, die Satzung des Vereins sowie weitere Informationen. Senden Sie bitte Ihre Beitrittserklärung in geschlossenem Umschlag an unsere Geschäftsstelle.



## Internationaler Bund der Konfessionslosen und Atheisten

IBKA e.V.  
Tilsiter Str. 3  
51491 Overath  
[www.ibka.org](http://www.ibka.org)

*Beirat:* Prof. Dipl.-Ing. Edgar Baeger, Bedri Baykam (Türkei), Dr. Gerhard Czermak, Dr. Mynga Futrell, Dr. Colin Goldner, Prof. Dr. Günter Kehrler, Prof. Mark Lindley (USA), Ralf Michalowsky, Prof. Dr. Ali Nesin (Türkei), Dipl.-Psych. Ursula Neumann, Prof. Dr. Hermann Josef Schmidt, Dr. Michael Schmidt-Salomon, Arzu Tokar.

*Korporative Mitglieder:* Ateizm Derneği, Atheist Centre Vijayawada, Bund für Geistesfreiheit (bfg) Bayern, bfg Augsburg, bfg Erlangen, bfg Kulmbach/Bayreuth, bfg München, bfg Neuburg/Ingolstadt, bfg Regensburg, Dawkins Foundation Deutschland, Düsseldorfer Aufklärungsdienst, Humanistischer Freidenkerverband Ost-Württemberg, Freidenkerinnen & Freidenker Ulm/Neu-Ulm, Aschaffenburg Freidenker.

*Der IBKA ist Mitglied der* Atheist Alliance International (AAI)  
Humanistische Union e.V. (HU)  
Koordinierungsrat säkularer Organisationen (KORSO)

Eingetragen in der öffentlichen Liste der beim Deutschen Bundestag registrierten Verbände.

# Aufnahmeantrag

o Herr o Frau

\_\_\_\_\_  
Name

\_\_\_\_\_  
Vorname

\_\_\_\_\_  
Straße, Hausnummer

\_\_\_\_\_  
PLZ, Wohnort

\_\_\_\_\_  
Land (in Deutschland: Bundesland)

\_\_\_\_\_  
Telefon\*

\_\_\_\_\_  
E-Mail\*

\_\_\_\_\_  
Geburtsdatum

\_\_\_\_\_  
Staatsangehörigkeit

\_\_\_\_\_  
Beruf\* (\* = freiwillige Angabe)

Hiermit beantrage ich die Aufnahme in den Internationalen Bund der Konfessionslosen und Atheisten e.V.

## **o als ordentliches Mitglied.**

Ich gehöre keiner Kirche, Konfession oder religiösen Gemeinschaft an.

## **o als außerordentliches Mitglied.**

Ich erkläre ausdrücklich, dass ich gegen meine Überzeugung einer Kirche, Konfession oder religiösen Gemeinschaft nur deswegen angehöre, weil ich hierzu aus beruflichen oder sozialen Gründen gezwungen bin.

Ich zahle

o den Regelbeitrag i.H.v. Euro 75/Jahr

o den Förderbeitrag i.H.v. Euro 100/Jahr

o den Mindestbeitrag i.H.v. Euro 50/Jahr

o einen Beitrag i.H.v. Euro \_\_\_\_/Jahr  
(mindestens Euro 50/Jahr)

Ich beantrage Beitragsermäßigung, denn  
o mein/e Partner/in

\_\_\_\_\_  
ist bereits vollzahlendes IBKA-Mitglied oder beantragt die Mitgliedschaft mit gleicher Post.

o Ich bin Mitglied bei einem befreundeten Verband, der IBKA-Mitgliedern ebenfalls eine Beitragsermäßigung gewährt:

\_\_\_\_\_  
o Ich habe nur ein geringes Einkommen (bitte kurz erläutern):

\_\_\_\_\_  
Ich zahle

o den ermäßigten Beitrag i.H.v. Euro 25/Jahr

o einen Beitrag i.H.v. Euro \_\_\_\_/Jahr  
(mindestens Euro 25/Jahr)

Die Mitgliedschaft im IBKA beinhaltet den Bezug des Rundbriefes und der Zeitschrift MIZ, diese können nicht abbestellt werden. Mitgliederdaten werden im IBKA zentral gespeichert und beim Vereinsaustritt gelöscht – es sei denn behördliche Vorschriften stehen dem entgegen oder ein Mitglied verlässt den IBKA mit Beitragsschulden. Die Daten stehen der Verwaltung, dem Vorstand sowie den Vorständen der regionalen Untergliederungen zur Erfüllung des Vereinszweckes zur Verfügung und werden nicht an Externe weitergegeben.

Ich bin einverstanden, vom IBKA per E-Mail oder postalisch Informationen über die Verbandsaktivitäten zu erhalten. Ich akzeptiere die Satzung, die Beitragsordnung sowie den Politischen Leitfaden des IBKA in der aktuellen Form.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift:

# Kirchliches Arbeitsrecht weiter umkämpft

Diakonie zahlt einem konfessionslosen Arzt Entschädigung und zieht gleichzeitig nach Karlsruhe

**Im Laufe des vergangenen Jahres hat der Europäische Gerichtshof mit zwei Urteilen die Rechte von Beschäftigten in kirchlichen Einrichtungen gestärkt. Ob sich am kirchlichen Arbeitsrecht etwas grundlegend ändern wird, ist trotzdem unklar, denn in dem für Konfessionslose besonders wichtigen „Egenberger-Fall“ hat sich die Diakonie entschlossen, nochmals das Bundesverfassungsgericht anzurufen. In einem anderen Fall hingegen zahlt ein „evangelisches“ Krankenhaus jetzt eine Entschädigung.**

Die Kirchen stehen ihr kirchliches Arbeitsrecht betreffend unter Druck: Im sog. „Chefarzt-Fall“ teilte das Bistum Köln im Juli mit, dass es auf einen Gang nach Karlsruhe verzichtet. Der Arzt, dem nach einer Scheidung und einer erneuten Heirat gekündigt worden war, klagte sich durch alle Instanzen. Der Europäische Gerichtshof (EuGH)

gab ihm schließlich Recht, so dass das Bundesarbeitsgericht (BAG) im Februar gemäß der europäischen Vorgabe entschied. Das Bistum begründet den Verzicht auf Rechtsmittel damit, dass der Fall „nach heute geltendem kirchlichen Arbeitsrecht anders zu beurteilen wäre“; die kirchengesetzliche Kündigungsregelung sei 2015 „grundlegend geändert“ worden.<sup>1</sup>

Im sog. „Egenberger-Fall“ ging es um eine Stelle für eine/n wissenschaftliche/n Referentin/en, die/der mit der Erstellung eines Berichts zur Antirassismus-Konvention der UN beauftragt werden sollte. Vera Egenberger hatte gegen das *Evangelische Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.* geklagt, da sie aufgrund ihrer Konfessionslosigkeit in einem Bewerbungsverfahren abgelehnt worden war. Auch hier ging das Verfahren bis vor den EuGH, der im Frühjahr 2018 zugunsten der Abgelehnten entschied. Das BAG folgte der Argumentation des EuGH. Die Diakonie wird daher gegen das BAG-Urteil (und somit auch gegen die Idee der Gleichheit aller Menschen) vor das

**Bischöfliches Ordinariat Eichstätt**  
Wir suchen zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine  
**Reinigungskraft**  
für unsere Jugendstelle Weissenburg  
(Arbeitszeit: 1,5 Stunden wöchentlich)

**Das Aufgabengebiet:** Als Reinigungskraft übernehmen Sie die Säuberung der Büroräume unserer Katholischen Jugendstelle Weissenburg, die auch für die Katholische Landjugendbewegung (KLJB) zuständig ist. Die Einteilung der Arbeitszeit erfolgt nach Rücksprache mit den Mitarbeiterinnen der Jugendstelle.

**Die Voraussetzungen:** Wir suchen jemanden, der die Reinigungstätigkeit sauber und zuverlässig verrichtet. Wir erwarten zudem die Zugehörigkeit zur Katholischen Kirche sowie die Identifikation mit ihr und ihren Zielsetzungen.

Für weitere Informationen steht Ihnen unsere Jugendreferentin, Frau Martina Kleinert, unter der Telefonnummer 09141/4968 oder per Mail unter [jugendstelle.wug@bistum-eichstaett.de](mailto:jugendstelle.wug@bistum-eichstaett.de) gerne zur Verfügung. Besuchen Sie uns auch im Internet unter [www.bistum-eichstaett.de/jugend](http://www.bistum-eichstaett.de/jugend).

Ihre Bewerbung mit Lebenslauf und Lichtbild richten Sie bitte bis spätestens **Freitag, 16. April 2010** an die **Katholische Jugendstelle Weissenburg**, Auf der Wied 9, 91781 Weissenburg

Stellenanzeige aus dem Jahr 2010 – Putzen nur mit katholischer Zielsetzung.

Vera Muth ist Religionswissenschaftlerin. Von 2012 bis 2014 koordinierte sie die Kampagne *Gegen religiöse Diskriminierung am Arbeitsplatz* (GerDia). Derzeit arbeitet sie an einem Projekt über die Privilegierung von Religionsgesellschaften. In MIZ 4/18 schrieb sie über Islamischen Religionsunterricht in NRW.

---

Bundesverfassungsgericht (BVerfG) ziehen.

Wer behauptet, zur Beurteilung der Konvention sei für die Diakonie „eine christliche Perspektive (...) unabdingbar“ macht sich unglaubwürdig. Säge der Bericht einer Christin über diese Konvention anders aus als der Bericht einer Konfessionslosen?

Dass die Behauptung vorgeschoben ist und es in Karlsruhe um eine Grundsatzfrage gehen wird, zeigt die Begründung der Verfassungsklage, in der die Diakonie vor allem darauf abstellt, dass „unser Recht auf Selbstbestimmung“ nicht durch EU-Recht ausgehöhlt werden darf. Aus der nachvollziehbaren Konsequenz

von Religionsfreiheit, dass Religionsgemeinschaften ihr „religiöses Ethos“ selbst festlegen dürfen, leitet die Diakonie den indiskutablen Schluss ab, dass staatliche Gerichte nicht dafür zuständig sind zu überprüfen, wie das „religiöse Ethos“ sich auf „konkrete Personaleinstellungen“ auswirkt. Das bedeutet im Klartext: Religionen dürfen nicht nur antidemokratische Vorstellungen pflegen, ihnen müssen auch diskriminierende Handlungen erlaubt sein und der Staat hat nicht das Recht, hier einzugreifen. Das Ziel der Kirchen – denn natürlich unterstützt die katholische Kirche die Diakonie vor dem BVerfG mit einem eigenen Gutachten – ist die Fortschreibung der rechtlichen Interpretation, dass das kirchliche Selbstverwaltungsrecht nicht „innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes“ stattfindet (wie in der Weimarer Reichsverfassung formuliert), sondern mit „Frei- und Handlungsspielräume[n]“, wenn es um „theologische Kernfragen“ geht.<sup>2</sup> Wobei selbstverständlich sie selbst festlegen, was eine theologische Kernfrage ist.

Ein seit 2013 anhängiger Fall eines konfessionslosen Arztes ist nun mit einem Vergleich beendet worden: der Diskriminierte erhält eine Entschädigung von 5000 Euro. Der Arzt in Weiterbildung zum Facharzt für Allgemeinmedizin Thomas K. hatte sich 2013 bei der Agaplesion, Frankfurter Diakoniekliniken gGmbH auf eine Stelle als Assistenzarzt für die Zentrale Notaufnahme beworben. Unter Hinweis auf seinen Kirchenaustritt („das ist bei uns ein klares Ausschlusskriterium“) war die Bewerbung abgelehnt worden. Als die Angelegenheit publik wurde, schärfte die Klinik ihre Begründung nach und sprach von einer „besonde-



GerDia-Aktionstag 2012 – wenn nun Bewegung ins kirchliche Arbeitsrecht kommen sollte, ist dies auch auf den permanenten Druck zurückzuführen, den die Interessenverbände der Konfessionslosen in dieser Frage ausgeübt haben.

ren, durch das christliche Profil geprägten Unternehmenskultur“.<sup>3</sup> Was eher den in der Chefetage vorherrschenden religiösen Chauvinismus zeigt, als dass dies irgendetwas mit dem tatsächlichen Arbeitsalltag in einer Notaufnahme zu tun hat: Hier muss Menschen konkret und schnell geholfen werden und das hat für die meisten in einem Krankenhaus Arbeitenden mit Interesse an Medizin, mit Mitgefühl und dem Wunsch zu helfen zu tun – also mit menschlichen Fähigkeiten und Motivationen, die nicht erst durch die Zugehörigkeit zu einer Religion entstehen.

In erster Instanz war die Klage abgewiesen worden, danach ruhte das Verfahren. Dass das Agaplesion nun die Zahlung von 5000 Euro angeboten hat, wird vom *Internationalen Bund der Konfessionslosen und Atheisten* (IBKA), der den Arzt in seinem Rechtsstreit unterstützt hat, als „Schuldeingeständnis“ gewertet. „Wir gehen davon aus, dass der Fall ordentlich Rückenwind für das Egenberger-Verfahren bringen wird“, so der IBKA-Vorsitzende René Hartmann.<sup>4</sup> Thomas K. hat angekündigt, das gesamte Geld aus dem Vergleich für die politische Arbeit gegen religiöse Diskriminierung zu spenden. Bestärkt hat ihn darin die Erfahrung, „wie selbstverständlich ich bei der Agaplesion aussortiert worden bin und [...] wie tendenziös bei Gericht mit solchen Fällen umgegangen wird“.

Ein Verweis auf ein angebliches Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften, kann nicht von der dringenden Frage ablenken, wie es in Deutschland eigentlich mit dem Schutz vor religiösem Fundamentalismus und dem Recht auf Religionsfreiheit aussieht. Das Recht auf Schutz vor reli-



„Du kriegst keinen Job? Lass dich doch taufen!“ - Dieser Spruch könnte bald der Vergangenheit angehören, wenn es um sog. bekenntnisferne Tätigkeiten geht, wie beispielsweise die eines Arztes. (Fotos: GerDiA)

giösem Fundamentalismus und vor Diskriminierung wie auch das Recht auf Gleichberechtigung dürfen vor Gericht nicht weniger wiegen als so manches antidemokratische „besondere Ethos“ der Religionen. Das Beharren der Kirchen zeigt, dass ihre Weltanschauung immer noch der des sprichwörtlich gewordenen alten Mannes entspricht. Man möchte ihm zurufen: Don't be an old man in a new world! One Law for all – keine Sonderrechte für Religionen. Mehr Demokratie wagen.

## Anmerkung

- 1 Pressemitteilung des Erzbistums Köln vom 2.7.2019; <https://www.erzbistum-koeln.de/news/Keine-Verfassungsbeschwerde-im-Chefarzt-Fall/> (Zugriff 8.8.2019).
- 2 Vgl. <https://www.diakonie.de/pressemitteilungen/ewde-erhebt-verfassungsklage-gegen-urteile-des-bag-und-eugh/> (Zugriff 8.8.2019).
- 3 hr-Magazin defacto vom 20.10.2013.
- 4 Pressemitteilung des IBKA vom 7.8.2019, <https://www.ibka.org/de/presse19/kirchliches-arbeitsrecht> (Zugriff 8.8.2019).

## BASTA – Bündnis altrechtliche Staatsleistungen abschaffen

**2019 jährt sich zum 100. Mal der Verfassungsauftrag zur Ablösung der sogenannten altrechtlichen Staatsleistungen an die Kirchen. Das Grundgesetz bestimmt in Art. 140 GG in Verbindung mit Art. 138 Weimarer Reichsverfassung (WRV): „(1) Die auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften werden durch die Landesgesetzgebung abgelöst. Die Grundsätze hierfür stellt das Reich auf.“**

Artikel 138 der Weimarer Reichsverfassung von 1919 sowie Artikel 140 Grundgesetz von 1949 geben also seit 100 Jahren vor, dass diejenigen Zahlungen an die Kirchen, die vor 1919 bestanden haben und auf verschiedenen Enteignungen, insbesondere durch den Reichsdeputationshauptschluss von 1803 beruhen, abzulösen und die Zahlungen einzustellen sind. Tatsächlich passiert ist in diesem Jahrhundert nichts. Stattdessen wurden in Staatskirchenverträgen nach 1949 zwischen einzelnen Bundesländern und den Kirchen die Höhe der Staatsleistungen und deren stetiges Anwachsen vereinbart, was sich aufgrund der in Art. 140 GG vorgegebenen Ablösung zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der WRV 1919 eigentlich verbietet. 2019 betrug die Zahlung von Staatsleistungen aller Länder an die Kirchen 538 Millionen Euro, summierte sich von 1949 bis 2018 auf geschätzte 17,9 Milliarden Euro. Da Artikel 140 GG vorgibt, dass Landesgesetzgebung die Zahlungen ablösen soll, die Grundsätze dafür aber das Reich aufstellen muss, haben sich Länder und Bund bislang gegenseitig den Schwarzen Peter zuge-

schoben und so vermieden, überhaupt tätig zu werden.

In diesem Geflecht von Untätigkeit, alten und neuen Verträgen, jährlich steigenden Zahlungen, die ohne Verwendungszweck getätigt werden, haben sich Politik und – vor allem – die Kirchen komfortabel eingerichtet. Dem durchschnittlichen Bundesbürger sind diese Zahlungen und ihr Umfang meist unbekannt.

Ende 2018 fanden sich auf Initiative von Diana Siebert, Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft Säkulare Grüne, Vertreter verschiedener säkularer Verbände und Vereine zu einer ersten Telefonkonferenz zusammen, um die Frage zu klären, ob für 2019 die Gründung eines Bündnisses möglich ist, das sich für die Abschaffung der altrechtlichen Staatsleistungen an die Kirchen engagieren soll. Es war schnell klar, dass sich 2019 als Jubiläumsjahr (100 Jahre Verfassungsauftrag, 70 Jahre Grundgesetz) besonders anbot und der Vorstoß mit Zustimmung aufgenommen wurde. Zu den ersten Aufgaben des Bündnisses – nach der Namensgebung – gehörte die Ausarbeitung einer Bünd-

niserklärung, mit der alle bis dahin Beteiligten einverstanden waren.<sup>1</sup> Von Anfang an war klar, dass eine Forderung des Bündnisses die entschädigungslose Einstellung der Zahlungen ist, da die bislang geleisteten Zahlungen in Milliardenhöhe seit 100 Jahren mehr als genug sind.

Diese Bündniserklärung bildete die Grundlage für die Aufnahme weiterer Verbände. Inzwischen haben sich über 30 bundesweite Organisationen, Parteigruppierungen und regionale Gruppen dem Bündnis angeschlossen. Sprecher des Bündnisses ist Johann-Albrecht Haupt von der *Humanistischen Union*, der sich seit Jahr und Tag mit den Staatsleistungen befasst. In weiteren intensiven Telefonkonferenzen wurden Logo, die Webseite [www.staatsleistungen-beenden.de](http://www.staatsleistungen-beenden.de), Facebook- und Twitter-Auftritt besprochen und ins Leben gerufen. Ein eigener BASTA-Flyer wurde ebenfalls erstellt und kam erstmals bei einer Podiumsdiskussion in Berlin am 5. April in Berlin zur Verteilung. Weitere Veranstaltungen unter BASTA-Beteiligung folgten, u.a. beim Fest der Demokratie anlässlich 70 Jahre Grundgesetz in Bonn, eine Mahnwache vor dem Museum König in Bonn oder beim Kirchentag im Juni auf den Straßen Dortmunds. Nicht zuletzt bot die Säkulare Buskampagne *Schlussmachen jetzt* vielen regionalen Gruppen die Möglichkeit, auf BASTA aufmerksam zu machen. In vielen Städten hielt Michael Schmidt-Salomon parallel dazu einen Vortrag mit Titel „Abschied von der Kirchenrepublik – 100 Jahre Verfassungsbruch sind genug!“

Die hauptsächlichen Ansprechpartner für die Abschaffung der Staats-

leistungen sind aber Politik und Kirchen. Das BASTA hat daher Parteien und Kirchen, Regierungen und Fraktionen, Bundes- und Landtagsabgeordnete sowie Landesrechnungshöfe angeschrieben und aufgefordert, endlich aktiv die Beendigung der Staatsleistungen anzugehen. Die bisherigen Antworten, soweit sie überhaupt erfolgt sind, geben wenig Anlass zur Hoffnung auf eine schnelle Ablösung. In diesem Jahr gibt es bisher einzig in Sachsen-Anhalt eine Initiative der Linkspartei in Richtung Ablösung. Die Kirchen zeigen sich zwar gesprächsbereit, wollen das Thema aber nicht von sich aus angehen. Die Landesregierungen verweisen meist auf ein fehlendes Grundsätzegezet, Regierungsvertreter sehen

kein Ablöseinteresse der Länder; die Bundesregierung hat sich dazu überhaupt nicht geäußert.<sup>2</sup>

Und so drehen sich Kirchen und Politik weiter im Kreis, ohne einem klaren Verfassungsauftrag nachzukommen. Weil 2019 dieser Auftrag seit 100 Jahren besteht, gab es seit Anfang des Jahres durchaus viele Stellungnahmen und Artikel in Presse und Medien, auch zum Bündnis BASTA. Eine wirkliche Bewegung ist aber bislang nicht zu sehen.

BASTA will auch nach 2019 auf die Umsetzung der Ablösung hinarbeiten. Wir können nur hoffen, dass es kein Bündnis auf ewig ist. Denn sein Ziel ist die Selbstaflösung nach der Abschaffung der Staatsleistungen.

## Anmerkungen

- 1 Bündniserklärung auf [www.staatsleistungen-beenden.de](http://www.staatsleistungen-beenden.de).
- 2 Ausführlich auf [www.hpd.de](http://www.hpd.de), 6. August 2019.



## Astro-Comics

Tim Julian Ruster ist eigentlich von Haus aus Jurist. In seiner Freizeit jedoch widmet er sich ganz der Astronomie. Ehrenamtlich erklärt er im Kölner Planetarium Besuchern den Sternenhimmel und die Geheimnisse des Weltalls. Durch die klugen Fragen von Kindern kam er dann auf die Idee, den Weltraum durch Zeichnungen zu erklären, die Astro-Comics waren geboren. Planeten, Sterne und Monde sind dabei die Hauptfiguren seiner Comics. Mit viel Humor erklärt Ruster uns die faszinierende Welt der Astronomie, wobei längst nicht nur Kinder eine Menge lernen können. Wenn also auch Sie, liebe Leserinnen und Leser, Weltraumexperten werden möchten, dann lohnt sich ein Besuch der Seite Astro-Comics in jedem Fall.

<https://astro-comics.de/>

## Eine aufgeklärte Muslimin

Die ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete Lale Akgün hat sich in den letzten Jahren als scharfe Kritikerin des politischen Islams in Deutschland hervorgetan. So setzte sie sich bereits 2013 im Rahmen der *Kritischen Islamkonferenz* für die Gründung eines Verbandes liberaler Muslime ein, da die Mehrheit der deutschen Muslime nicht durch die traditionellen Islamverbände vertreten sei. Inzwischen gibt es eine solche Organisation tatsächlich. In der Initiative säkularer Islam kämpft Lale Akgün zusammen mit anderen Aktivisten wie Hamed Abdel-Samad,

Seyran Ates, Ralph Ghadban, Necla Kelek, Mouhanad Khourchid, Ahmad Mansour, Susanne Schröter, Bassam Tibi und Ali Ertan Toprak dafür, dass liberale Muslime endlich auch von der Politik gehört werden. Wer mehr über diese kämpferische Frau erfahren möchte, ist auf ihrer Homepage bestens aufgehoben. Dort finden sich umfangreiche Informationen über ihre Tätigkeiten, u.a. ein sehr lesenswertes Interview zu ihrem aktuellen Buch *Platz da! Hier kommen die aufgeklärten Muslime*.

<http://www.laleakguen.de>

## Muslimisch geprägte Partei

Die Partei Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit (BIG) wurde 2010 in Köln gegründet und ist eine der ersten von Muslimen gegründeten Parteien in Deutschland. Nach eigenen Angaben beabsichtigt sie, sich insbesondere für die Interessen von Migranten und deren gesellschaftliche Integration in Deutschland einzusetzen. Kritikern zufolge ist die Partei jedoch als extrem konservativ einzustufen und gilt als Ableger von Erdoğan's AKP. Zuletzt gab es um einen vermeintlichen Wahlerfolg der Partei in Duisburg bei der Europawahl einige Aufregung. So erreichte die Partei im Stimmbezirk 1001 sage und schreibe 35,7 Prozent der Stimme. Allerdings handelte es sich hierbei um einen sehr kleinen Bezirk und zudem war dort die Wahlbeteiligung extrem niedrig. Bundesweit kam die Partei dagegen nur auf 0,2 Prozent der Stimmen. Angesichts der auf ihrer Homepage präsentierten Forderungen wird dies hoffentlich auch so bleiben.

<https://big-europawahl-2019.de/>



## Partei der Humanisten

Die Partei der Humanisten hat seit ihrer Gründung 2014 für eine Kleinstpartei bereits einige achtbare Erfolge vorzuweisen. So gelang ihr die Teilnahme an mehreren Landtagswahlen, der Bundestagswahl und zuletzt auch an der Europawahl. Von relevanten Stimmenanteilen ist man allerdings noch sehr weit entfernt. Nun, vielleicht gelingt dies künftig mit der tatkräftigen Unterstützung der beiden prominenten Beiräte Steven Pinker und Michael Shermer. Frischen Wind gibt es in jedem Fall auch durch den wirklich gelungenen neuen Webauftritt. Viel Kritik gab es dagegen zuletzt an der sogenannten Unvereinbarkeitsliste der Partei. Neben klaren Verfassungsfeinden wie z.B. den Reichsbürgern finden sich dort auch Die Linke, *Attac*, und die *Occupy*-Bewegung.

<https://www.diehumanisten.de/>

## Endlich Schlussmachen!

10 Jahre ist es nun schon her, dass unter dem Motto „Gottlos glücklich“ eine Gruppe von säkularen Aktivisten mit einem roten Doppeldeckerbus durch die Lande tourte, um die Bürgerinnen und Bürger auf die Interessen von nichtreligiösen Menschen aufmerksam zu machen. Doch leider hat sich in diesen zehn Jahren in der Politik längst noch nicht genug geändert, so dass die Zeit nun reif war für eine neue Buskampagne. So tourte also im Mai unter dem Motto „Schlussmachen, jetzt!“ erneut ein Bus durch Deutschland. Im Gepäck waren Forderungen, wie das

Ende der Bezahlung von Bischöfen aus Steuergeldern, die Beendigung der Sonderprivilegien der Kirchen beim Arbeitsrecht sowie eine konsequente Strafverfolgung von Missbrauchstätern. Station machte die Kampagne in insgesamt 25 Städten. Vielerorts gab es zudem öffentliche Abendveranstaltungen mit prominenten Protagonisten eines weltanschaulich neutralen Staates, u.a. mit der ehemaligen SPD-Spitzenpolitikerin Ingrid Matthäus-Maier, den religionskritischen Autoren Carsten Frerk, Philipp Möller und Michael Schmidt-Salomon sowie der nach §219a StGB verurteilten Ärztin Kristina Hänel. Weitere Informationen zur Kampagne und zu den genannten Personen finden sich auf der dazugehörigen Website.

<https://www.schlussmachen.jetzt/>

## Christlicher Sexshop

Beim Lesen mancher Meldungen denkt man unweigerlich an einen Aprilscherz und blickt zuerst auf das Datum einer Nachricht. So ging es dem Netzreporter, als er auf n-tv davon las, dass es einen christlichen Sexshop in Deutschland geben soll. Die kritische Prüfung dieses Sachverhalts ergab dann, dass es diesen tatsächlich gibt. Auf [schoenerlieben.de](http://schoenerlieben.de) bietet eine holymoly international GbR Vibratoren, Dildos, Penisringe und weiteres Spielzeug an. Im Vergleich zur unchristlichen Konkurrenz ist das Angebot jedoch stark eingeschränkt. Pornos oder Nacktmagazine findet man dort ebenso wenig wie Fetischangebote.

<https://schoenerlieben.de>

Daniela Wakonigg

## Neulich ...

### ... in Norwegen

Mutter Kirche als Hüterin der Moral – ein PR-Image, das sich schier unausrottbar hält. Man fragt sich nur warum. Und ich spiele hier ausnahmsweise einmal nicht auf den Missbrauchsskandal an. Bekanntlich hat der Herr in den Zehn Geboten nicht explizit den sexuellen Missbrauch kleiner Kinder unter sagt, weswegen selbiges im christlichen Moralkodex wohl nicht für jedermann eindeutig zu verorten ist. Beim Lügen jedoch war Gott Jahwe eindeutig. Das mag er nämlich nicht. Im Gegensatz zu Gottes irdischen Franchisepartnern, die aus diesem Grund schon immer probate Mittel und Wege fanden, das lästige Regelwerk ihres CEOs zu umgehen. Neulich erst flog in Norwegen eine dieser kreativen moralischen Umgehungsstraßen mit großem Knall auf.

In den vergangenen Jahren erlebte die katholische Kirche in Norwegen ein erhebliches Wachstum. Stolz verkündete der Bischof von Oslo im vergangenen Jahr, dass die Zahl der in Norwegen registrierten Katholiken von 42.000 im Jahr 2005 auf 177.000 im Jahr 2018 gestiegen sei. Dieser Wachstumstrend erstaunte viele. Nicht nur, weil die katholische Kirche in anderen europäischen Ländern rasant an Mitgliedern verliert, sondern ebenfalls weil der Abwärtstrend in dem skandinavischen Land auch die evangelisch-lutherische Kirche betrifft. Ihr gehören in Norwegen als ehemaliger Staatskirche die meisten Christen an.

Doch wie sich herausstellte, verdankte die katholische Kirche in

Norwegen den rasanten Mitgliederzuwachs nicht einer wundersamen Wiederentdeckung des Katholizismus, sondern einem kreativen Trick – oder besser: einer dreisten Schummelei. Das Bistum Oslo, das die Mitglieder für ganz Norwegen verwaltet, ließ Mitarbeiter die Telefonbücher des Landes nach Namen durchforsten, die spanisch oder polnisch klangen – also nach einer Herkunft aus Ländern, in denen die Katholiken-Rate hoch ist. Diese Namen ergänzte das Bistum Oslo um ebenfalls recherchierte Adressdaten sowie Sozialversicherungsnummern und registrierte die Menschen aus dem Telefonbuch ohne deren Wissen als Mitglieder der katholischen Kirche von Norwegen. Nicht aus Sorge um das Seelenheil dieser Menschen, falls sie dereinst an der Himmelpforte ohne korrekte katholische Registrierung eintreffen sollten, nein, offenbar aus schierer Geldgier. Denn durch die zusätzlich registrierten Mitglieder stiegen auch die staatlichen Zuschüsse an das Bistum um mehrere Millionen an.

Zum Unglück der Kirche befand sich unter den solchermaßen Registrierten auch ein Vorstandsmitglied eines großen humanistischen Verbands in Norwegen. Als die Humanistin mit polnischem Namen von ihrer Zwangsregistrierung erfuhr, wandte sie sich an die Justiz. Eine Razzia im Bistum Oslo und eine Anklage wegen Betrugs gegen den zuständigen Bischof folgten. Über vier Millionen Euro muss das Bistum nun an die Staatskasse zurückzahlen und zusätzlich eine Strafe von gut 200.000 Euro. Ob die katholische Kirche nun wenigstens in Norwegen vom Laster der Habgier kuriert ist, wissen die Götter.

# Schlussmachen! Jetzt!

Die Buskampagne verschaffte der Forderung nach Trennung von Staat und Kirche öffentliche Aufmerksamkeit

**Im Mai gab es eine Wiederauflage der Buskampagne. Wie vor zehn Jahren rollte ein Bus mit einer Botschaft durch die Republik. Anders als vor zehn Jahren stand diesmal eine konkrete politische Forderung auf der Tagesordnung, die ganz bewusst mit dem 70. Jahrestag des Grundgesetzes in Bezug gesetzt wurde. Und auch das öffentliche Interesse hat sich im Vergleich zu 2009 etwas verschoben.**

Organisiert wurde die Buskampagne 2019 von der *Giordano-Bruno-Stiftung* (gbs), die auch die Finanzierung sicherstellte; als weitere säkulare Vereinigung war der *Internationale Bund der Konfessionslosen und Atheisten* (IBKA) beteiligt. Wie vor zehn Jahren war die Begeisterung über die Aktion in der säkularen Szene groß, so dass etwa die Hälfte des immerhin rund 80.000 Euro umfassenden Etats durch Spenden gedeckt werden konnten.

Die Erstaufgabe der Buskampagne fiel mit dem Hype um den „Neuen Atheismus“ zusammen. Die Idee entstand in London als spontane Reaktion auf religiöse Propaganda, schwappte von England auf den Kontinent und machte Atheismus schlicht sichtbar. Die Slogans „There’s probably no god“ oder „Gottlos glücklich“ auf den Bussen waren allgemein gehalten, sprachen insofern viele Millionen Menschen an; politisch waren sie hingegen eher unverbindlich.

Die Aussage „Kirchenstaat? Nein danke.schlussmachen.jetzt“ enthielt dagegen klare politische Forderungen: die konsequente Trennung von Staat und Religion sowie die strikte Beachtung

der weltanschaulichen Neutralität des Staates. Angesichts dessen, dass seit 100 Jahren hierfür ein eigentlich unmissverständlich formulierter Verfassungsauftrag besteht, stand die Ablösung der Staatsleistungen im Mittelpunkt.

Während die selbstbewusste Ansage „Gottlos glücklich“ allein durch ihre Präsenz in der Öffentlichkeit Wirkung entfaltete (und in fundamentalistischen Kreisen die zu erwartenden Beißreflexe auslöste), war es diesmal eine Kombination aus Sichtbarkeit auf der Straße und Abendveranstaltungen, die Aufmerksamkeit auf die formelle und informelle Verflechtung von Religion und Politik in Deutschland lenkte.

In diesen Rahmen ist auch der Festakt einzuordnen, den die gbs zusammen mit dem *Institut für Weltanschauungsrecht* (ifw) am 22. Mai in Karlsruhe durchführte. Anlässlich des 70. Jahrestags des Grundgesetzes erinnerte gbs-Sprecher Michael Schmidt-Salomon im Spiegelsaal des Schlosshotels daran, dass ein Verfassungstext sich auch immer in Verfassungswirklichkeit niederschlagen müsse. Insbesondere was das Verhältnis von Staat und Kirchen ange-



*Kirchenstaat? Nein danke.* Nicht nur in Köln, wo der Dom den Machtanspruch der Kirche seit langem symbolisiert, warb der Bus für diese Botschaft. In Frankfurt, im Schatten der Banken, wurde deutlich: die Kirchenmaus ist in Wahrheit ein Geldhamster, der sehr erfolgreich „Vorräte“ hortet. In Berlin wurde zum Abschluss eine Nudelmesse gefeiert: das Foto rechts unten zeigt Bruder Spaghettus und Elli Spirelli von der *Kirche des Fliegenden Spaghettimonsters* während der Zeremonie. (Fotos: © Michael Schmidt-Salomon)



he, klappe hier eine sichtbare Lücke zwischen Anspruch und Realität.

In den Abendveranstaltungen zeigte sich auch, dass die Forderung nach weniger religiösem Einfluss auf Politik und Gesellschaft viele Facetten hat und sich nicht auf die Zahlung einiger hundert Millionen Euro pro Jahr beschränkt. In Nürnberg ging es beispielsweise um das nach wie vor bestehende Verbot für Ärztinnen und Ärzte, Informationen rund um den Schwangerschaftsabbruch anzubieten; dort las die nach § 219a angeklagte Ärztin Kristina Hänel aus ihrem Tagebuch. In Stuttgart brach Lale Akgün eine Lanze für die aufgeklärten Muslime, die für einen säkularen Staat eintreten.

## Mangelnde Neutralität

Die Resonanz bei den Veranstaltungen war durchweg gut, das geringe Medienecho vor Ort führte mancherorts hingegen zu Enttäuschung. Einige Aktive sprachen sogar von „Presseboykott“. Ein anderer Punkt mutet wie ein Déjà-vu an: Waren es 2009 die Verkehrsbetriebe, die sich in allen angefragten Städten weigerten, die Werbeflächen an ihren Bussen mit den Slogans der Buskampagne zu versehen, lehnte es diesmal die Deutsche Bahn ab, deren Plakate in Bahnhöfen aufzuhängen. Als Begründung wurde angeführt, es mangle diesen an weltanschaulicher Neutralität. Da Werbebanner für religiöse Anliegen jedoch in zahlreichen Bahnhöfen zu finden sind, hakte der *Humanistische Pressedienst* (hpd) nach. Der DB-Konzernsprecher teilte daraufhin mit, dass religiöse und weltanschauliche Werbung auf Flächen der *Deutsche Bahn* durchaus möglich sei, da dies zur Religionsfreiheit gehöre. Nur mit Kritik hat die Bahn ein Problem: Wenn

Werbung „andere Glaubensrichtungen oder Weltanschauungen diskreditiert oder zu ihrem Boykott aufruft“, könne sie nicht gestattet werden. In dem Aufruf der Buskampagne, die weltanschauliche Neutralität des Staates zu gewährleisten, sah die Bahn eine solche Herabwürdigung.

Michael Schmidt-Salomon kritisierte diese Haltung in deutlichen Worten. Offenkundig verkenne die Bahn (übrigens Hauptsponsor des Evangelischen Kirchentags), dass es sich bei der Forderung nach Säkularität um ein Bekenntnis zu einem oft missachteten Grundprinzip der Verfassung handele. Ansonsten zog der gbs-Sprecher jedoch ein positives Fazit. Die Medienberichterstattung habe im Rahmen des zu Erwartenden gelegen. Zudem sei 2009 die Aufmerksamkeit nach dem Start, der tatsächlich groß durch die Medien ging, nach seiner Erinnerung schnell abgeflaut, so dass er davon ausgeht, dass diesmal sogar mehr Menschen erreicht worden seien. Am wichtigsten sei ohnehin die langfristige Wirkung, für die der gbs-Sprecher nicht zuletzt auf die Kontakte, die über das ifw hergestellt werden konnten, setzt.

Auch der Vorsitzende des IBKA, René Hartmann, zeigte sich zufrieden. „Die Neuauflage der säkularen Buskampagne hat einen beachtlichen Beitrag geleistet, um säkulare Themen in die Öffentlichkeit zu bringen“, lautet sein Fazit.

gs

## Klage gegen Ramelow

Das *Institut für Weltanschauungsrecht* (ifw) hat Klage wegen Verletzung der Informationsfreiheit (Art. 5 Grundgesetz) gegen den thüringischen Ministerpräsident Bodo Ramelow (Die Linke) eingereicht, da dieser auf seinem Account das Twitter-Konto @ifw\_recht blockiert hat. Das Vorgehen des Ministerpräsident steht wahrscheinlich in Zusammenhang mit einem Meinungs austausch über die sog. Staatsleistungen, den die Koordinatorin des ifw, Jacqueline Neumann, angestoßen hatte.

Im Juni 2018 hatte das ifw an die Fraktionen im thüringischen Landtag getwittert: „Auch unter Rot-Rot-Grün in #Thüringen mit @bodoramelow sprudeln die #Staatsleistungen an die Kirchen weiter. Gegen das eigene Wahlversprechen! Vgl. Wahlprüfstein @konfessionsfrei. Wann handelt der Landesgesetzgeber?“. In seiner Reaktion stellte Ministerpräsident Ramelow darauf ab, dass das Land hier nicht zuständig sei, sondern der Bund, und im Bundestag gebe es dafür keine Mehrheit. Darauf hin verfasste Jacqueline Neumann einen Beitrag, der auf der Webseite des ifw zu finden ist, in dem sie detailliert darlegt, dass sich Ramelows Position nicht im Einklang mit der Verfassung befindet, er entgegen dem handele, was die Partei Die Linke zuvor in Bundes- und Landtagswahlprogrammen gefordert hatte, und er sich auch nicht auf die Zustimmung der Bevölkerung berufen könne.

Die Tweets des ifw hatten Diskussionen ausgelöst und Jacqueline Neumann geht davon aus, dass der Ministerpräsident durch die Sperrung des ifw-Accounts solche Debatten verhindern möchte. Sie vergleicht das Vorgehen Ramelows mit der Situation auf einer Diskussionsveranstaltung in der Staatskanzlei, aus der sie, nachdem sie ihre „grundgesetztreue Position zur Umsetzung des Staatsleistungen-Verfassungsauftrages“ vorgetragen und „den Ministerpräsidenten für seine verfassungsmisachtende Haltung bei den Dauerzahlungen an die Kirche aus öffentlichen Steuergeldern“ kritisiert habe, „ohne vernünftigen Grund von den Saaldienern“ hinausgeworfen werde.

Dem Verfahren kommt grundsätzliche Bedeutung zu, da die Kommunikation von Regierungsmitgliedern und Behörden in den Sozialen Medien rechtlich noch nicht geregelt ist. Es ist durchaus möglich, dass die Sache zur Klärung der Frage beitragen kann, wann staatliche Einrichtungen zivilgesellschaftliche Kräfte von Diskussionen ausschließen dürfen. Vertreten wird das ifw durch den bekannten Anwalt Joachim Steinhöfel, der auf juristische Erfolge in Auseinandersetzungen mit Facebook über die Löschung von beispielsweise islamkritischen Einträgen sowie mit Twitter über die Sperrung von Benutzerkonten verweisen kann.

Zur Wahl des Anwalts durch das ifw gibt es allerdings auch kritische Stimmen. Steinhöfel gilt vielen als Selbstdarsteller. Es stellt sich zudem die Frage, ob die Positionen, die Steinhöfel in Bezug auf die sog. Flüchtlingskrise vertreten hat (und mehr noch zahlreiche Aussagen, die er in seinem Blog in der Kommentarspalte stehen lässt), mit

der humanistischen Zielsetzung der *Giordano-Bruno-Stiftung*, von der das ifw getragen wird, in Einklang zu bringen sind.

## SkepKon 2019

Ende Mai fand in Augsburg die diesjährige Skeptikerkonferenz (SkepKon) statt. Deutlich erkennbarer Schwerpunkt war (wieder einmal) der Bereich Medizin, da hier esoterische Vorstellungen oft direkte Folgen nach sich ziehen können. Aktuelles, in zwei Vorträgen behandeltes Beispiel ist die Ablehnung von Impfungen. Die Haltung ist in Deutschland so weit verbreitet, dass für einige Krankheiten, wie die Masern, ein flächendeckender Impfschutz aufgrund der zahlreichen nicht geimpften Menschen nicht besteht – was für alle, die nicht geimpft werden können, ein Ansteckungsrisiko bedeutet.

Auch der Carl-Sagan-Preis ging an ein Projekt, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, „Gefahren hinter der vermeintlich oft ‘sanften’ Medizin aufzuzeigen und zur Verhinderung von unnützen und schädlichen Pseudotherapien beizutragen“, wie es in der Mitteilung der *Gesellschaft zur wissenschaftlichen Untersuchung von Parawissenschaften* (GWUP) heißt. Verliehen wurde die Auszeichnung im Rahmen der SkepKon an Nicola Kuhrt und Hinnerk Feldwisch-Drentrup. Die beiden Journalisten betreiben den Blog *MedWatch*, dessen Beiträge sich kritisch sowohl mit schul- als auch alternativmedizinischen Verfahren und Arzneimitteln auseinandersetzen.

Andere Themen waren Verschwörungstheorien, die Energiewende und die Vorstellung, Energie quasi aus dem Nichts zu gewinnen, sowie psychologische Erklärungen für den Erfolg von Pseudoerklärungen. Dabei gab es auch besonders unterhaltsame Präsentationsformen, etwa wenn Martin Moder und Nikil Mukerji versuchen zu ergründen, ob der kanadische Psychologe und Autor von *12 Rules for Life* Jordan Peterson als „wichtiger Denker oder gefährlicher Pseudo-intellektueller“ einzustufen ist.

Mit einem bizarren Polizeiauftritt sah sich Bernd Harder konfrontiert. Vier Beamte in voller Montur, mindestens einer davon mit einer Body-Cam ausgestattet, rückten an, um den GWUP-Pressesprecher nach seiner Anschrift zu fragen. Hintergrund ist offenbar eine Anzeige wegen Beleidigung, die ein einschlägig bekannter Vertreter nicht nachvollziehbarer Vorstellungen erstattet hatte, nachdem Bernd Harder sich zu dessen Positionen geäußert hatte. Dem Vernehmen nach war dies nicht die erste Anzeige, die der Mann gegen Skeptiker auf den Weg gebracht hat. Während es bisher aber augenscheinlich aufgrund der offensichtlichen Unbegründetheit der Anwürfe nie zu einem Verfahren gekommen war, hat sich diesmal ein Staatsanwalt funktionalisieren lassen. Auch wenn der GWUP-Pressesprecher trotz des martialischen Polizeiaufgebots nicht wirklich eingeschüchtert wirkte, müssen solche Aktionen als Alarmsignal gelten.



# Rezension

Franz Josef Wetz: *Tot ohne Gott. Eine neue Kultur des Abschieds.* Alibri Verlag, Aschaffenburg 2018. 309 Seiten, kartoniert, Euro 20,-, ISBN 978-3-86569-249-8



Der Titel des Buches führt die/den LeserIn zunächst in die Irre („ohne Gott“), denn von Gott und religiösen Vorstellungen wird in dem Buch sehr oft gesprochen. Der Autor, Professor für Philosophie und Ethik, analysiert durch die Jahrhunderte

hindurch menschliche Vorstellungen von Alter, Tod, Unsterblichkeit, Auferstehung u.a.m. Zeitweise liest sich das Buch wie eine Abhandlung zur Geschichte der Philosophie – leider fehlt dann ein Namensverzeichnis. Dafür ist das Buch keinesfalls so trocken geschrieben, wie gängige Lehrbücher. So beginnt der Franz Josef Wetz seine Überlegungen mit der Frage, warum wir eigentlich jedes Jahr unseren Geburtstag feiern. Dieses dadurch angeregte Nachdenken über scheinbare Selbstverständlichkeiten machen den Reiz des Buches aus und – wie der Autor meint – seine „lebenspraktische Relevanz“ (S. 13). Für mich kam noch ein weiteres hinzu: neben religiösen und wissenschaftlichen Quellen wird auch sehr viel belletristische Literatur zum Thema Sterben und

Tod zitiert – was natürlich „zwischen-durch“ zum Weiterlesen erst mal dieser Stoffe verführt (ein ausführliches Literaturverzeichnis ist beigelegt).

Das Buch gliedert sich in fünf Teile: 1. Endlichkeit, 2. Gibt es ein Leben nach dem Tod?, 3. Wer stirbt schon gern?, 4. Metaphysik der Metastasen, 5. Wie ist Trost möglich? In allen Teilen setzt sich der Autor kritisch mit vorhandenen Quellen auseinander – so z.B. mit den berühmten Gottes- und Unsterblichkeitsbeweisen (in dieser Analyse wird dabei auch die Genese der jeweiligen Theorien erläutert – daher oben der Verweis auf einen Lehrbuchcharakter). Zu allen Darlegungen wird dann stets auf die heutige praktische Relevanz verwiesen – z.B. die Beseelungstheorie des Fötus und neuzeitige Debatten zum Schwangerschaftsabbruch; oder Todesvorstellungen und ihre Bedeutung für Entscheidungen zur Organspende. Viele teilweise immer wieder als „Beleg“ für göttliche Fügungen angeführte Phänomene – wie die „Nah-toderfahrung“ werden wissenschaftlich erklärt und damit ihrer geheimnisvollen Aura beraubt.

Der letzte Teil des Buches beschäftigt sich mit modernen Bestattungsformen bzw. dem heute veränderten Umgang mit der Leiche (u.a. Ausstellung *Körperwelten*).

An einer Stelle des Buches heißt es: „Zu sterben ist eine Erfahrung, aus der man nichts mehr für sein Leben lernen kann“ (S. 143) – aus dem Lesen dieses Buches sehr wohl.

*Viola Schubert-Lenhardt*

# Internationale Rundschau

## *Vereinte Nationen*

(5132) **New York.** Bernardito Auza, Ständiger Beobachter des Heiligen Stuhls bei den Vereinten Nationen, verurteilte in einem Redebeitrag die Gender-Theorie. Nach Meinung des Heiligen Stuhls sei das Geschlecht einer Person eine „objektive Tatsache“ und keine „Wahl“.

Als die Kommission 1947 gegründet wurde, so Erzbischof Auza, „gab es ein klares Verständnis davon, was es bedeutet, eine Frau zu sein“. Damals war es etwa die Hälfte der Menschheit, mit zwei X-Chromosomen und besonderen Eigenschaften, die sich von der anderen Hälfte der Menschheit, den Männern, unterschieden. „Dieser Konsens wurde leider durch das jüngste Phänomen der Genderideologie untergraben“. Diese Vorstellung, so Auza, behindere die Beziehung zwischen Männern und Frauen (inwiefern, ließ er allerdings offen). „Papst Franziskus ist besorgt darüber, Kindern die Genderideologie beizubringen“, sagte sein Vertreter vor der UN-Kommission. (*Vatican News*, 22.3.19)

Anm. *MIZ*-Red.: Zugegeben: Kaum ein Berufsstand außer den Medizinern hat so umfangreiche praktische Kenntnisse über die männlichen und weiblichen Geschlechtsteile von Kindern wie die katholischen Kleriker. Umso verwunderlicher ist, dass gerade im Vatikan noch nicht bekannt sein soll, dass etwa jedes 400. Kind sowohl weibliche und als auch männliche

Geschlechtsmerkmale hat. Außerdem kann die Psyche durchaus eine Rolle bei der Geschlechtsbestimmung spielen, denn sie beeinflusst das Verhalten gegenüber männlichen und weiblichen Mitmenschen.

## Europa

### *Deutschland*

(5133) **Erfurt.** In einem Grundsatzurteil hat das Bundesarbeitsgericht nach einem zehnjährigen Rechtsstreit die Sonderrechte der katholischen Kirche als Arbeitgeber beschränkt. Ein Mitarbeiter, der nach seiner Scheidung noch einmal standesamtlich heiratet, darf auch von einem kirchlichen Arbeitgeber nicht einfach gekündigt werden. Dem Urteil ging allerdings eine endgültige Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs vom September 2018 voraus (vgl. *MIZ* 3/18, Meldung 5042), die nun das BAG nur noch umsetzte. Die katholische Kirche überlegt angesichts der grundsätzlichen Bedeutung noch, ob sie vor das Bundesverfassungsgericht ziehen soll, das allerdings bei dieser Gelegenheit auch seine extrem kirchenfreundliche Rechtsprechung aus den 50er- und 60er Jahren korrigieren könnte. Andererseits betonte der Pressesprecher der beklagten Erzdiözese Köln, dass die Kirche heute eine solche Kündigung „wohl“ nicht mehr aussprechen würde. Denn 2015 hätten die katholischen Bistümer ihr Arbeitsrecht liberalisiert. Die strengen Loyalitätsanforderungen gelten nur noch für verkündigungsnahe Berufe.

Weil das Arbeitsgericht und das Landesarbeitsgericht der Kündigungsschutzklage des betroffenen Chefarztes stattgegeben hatten,

ist er weiterhin in dem Düsseldorfer Krankenhaus beschäftigt. [Az: 2 AZR 746/14] (*Tagesschau*, 20.2.19; *Augsburger Allgemeine*, 21.2.19)

(5134) **Osnabrück.** Das Bistum Osnabrück will Priestern, die des „schweren“ Missbrauchs überführt wurden, das Gehalt auf 1000 Euro kürzen. Da die eingesparte Summe aber nicht den Opfern zugute kommen soll, will die Diözese die pädophilen Neigungen eines Teils ihres Personals dazu nutzen, die eigenen Finanzen aufzubessern, und sich gleichzeitig aus der Verantwortung gegenüber den Opfern stellen. Im Fall einer Entlassung aus dem Klerikerstand würden ohnehin alle Zahlungen der Diözese eingestellt. Eine rechtliche Prüfung dieser Maßnahmen steht aber noch aus. (*KNA*, 28.2.19)

(5135) **Berlin.** Der Berliner Erzbischof Koch hat die Einführung des Internationalen Frauentags am 8. März als gesetzlichen Feiertag in der Hauptstadt kritisiert. Das Berliner Abgeordnetenhaus hatte dies erst Ende Januar mit 87 zu 60 Stimmen beschlossen. Koch berief sich auf eine angebliche Mehrheitsmeinung in der Bevölkerung (die aber noch gar nicht ermittelt wurde) und bemängelte, dass ein nichtreligiöser Feiertag statt dem Reformationstag eingeführt wurde. Tatsächlich ist aber auch in Berlin die Mehrzahl der Feiertage religiösen Ursprungs, während nur ein Viertel der Einwohner katholisch oder evangelisch ist. (*KNA*, 2.3.19)

(5136) **München.** Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat entschieden, dass Richter und Staatsanwälte

in Bayern im Dienst keine religiös oder weltanschaulich geprägten Symbole oder Kleidungsstücke tragen dürfen. Gegen das damit bestätigte Kopftuchverbot hatte eine islamische Religionsgemeinschaft eine Popularklage angestrengt. Deren Vertreter argumentierten, dass das Verbot gegen die Religionsfreiheit verstoße. Die Verfassungsrichter sind dieser Argumentation nur bedingt gefolgt. Ihrer Ansicht nach berührt das Verbot zwar die Religionsfreiheit. Doch die Pflicht des Staates zu weltanschaulicher und religiöser Neutralität in der Justiz wiegt für die Verfassungsrichter schwerer.

Den Einwand, dass auch das Kopftuchverbot gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoße, weil Kreuze in Bayerns Gerichtssälen erlaubt seien, verwarf das Gericht. Die Ausstattung von Gerichtssälen sei etwas anderes als das Tragen von religiösen Symbolen durch Amtsträger. Durch ein Kreuz im Saal werde die Unabhängigkeit von Richterinnen und Staatsanwälten nicht beeinträchtigt. (*Bayerischer Rundfunk*, 18.3.19)

Anm. *MIZ*-Red.: Die Argumentation für Kreuze in Gerichtssälen ist an den Haaren herbeigezogen. Durch sie wird nämlich nicht die Unabhängigkeit der einzelnen handelnden Personen in Frage gestellt, sondern die richterliche Unabhängigkeit und die weltanschauliche Neutralität des Staates insgesamt.

(5137) **Eichstätt.** Gregor Hanke, Bischof von Eichstätt, stellt das Finanzsystem der deutschen Kirchen infrage. Neue und kreativere Wege der Kirchenfinanzierung seien nötig, denn

aufgrund der Kirchnaustritte und der demografischen Entwicklung würden die Kirchensteuereinnahmen „spätestens in zehn Jahren einbrechen“.

Auch die Finanzausschüsse des Staates aus dem allgemeinen Steuertopf sieht Hanke unter zunehmendem Rechtfertigungsdruck: „In Deutschland gibt es immer weniger Kirchenmitglieder, sodass es die Mehrheit der Deutschen irgendwann einmal nicht mehr einsehen wird, für die Kirchen zu zahlen.“ Die Kirche müsse „die Bereitschaft aufbringen, auf Privilegien zu verzichten“, die Staatsleistungen könne man abschaffen.

Eine andere Lösung sieht er darin, die personengebundenen Staatsleistungen in kirchliche Einrichtungen einzuspeisen, die der Allgemeinheit dienen, etwa in Schulen, denn so „hätte auch der nicht kirchlich gebundene Steuerzahler die Gewähr, dass sein Geld zu allgemeinem Nutzen verwendet wird“. Patentrezepte gebe es da nicht, doch der Bischof verweist auf Österreich, wo die Kirche selbst ihre Beiträge eintreibt. Freiwilligkeit sei immer ein guter Weg. Das bayerische Kultusministerium zeigte sich offen für Hankses Vorschläge. (*Augsburger Allgemeine*, 29. u. 30.3.19)

Anm. MIZ-Red.: In Österreich existiert faktisch eine Art Kirchensteuer, die aber als „Kirchenbeiträge“ firmiert, weil die Kirchen vom Finanzamt lediglich die Einkommensdaten ihrer Mitglieder erhalten, aufgrund derer sie dann die Kirchenbeiträge erheben. Mit den heutigen elektronischen Möglichkeiten wäre dieser eigenständige Einzug sogar kostengünstiger möglich als über staatliche Finanzämter, die (je nach Bundesland) zwischen 2,9 und 4,5 Prozent der Kirchensteuersumme

kassieren. Allerdings wird den Kirchenmitgliedern dann unmittelbar vor Augen geführt, welche immensen Summen sie an die Kirchen abführen. Daher halten die deutschen Kirchen lieber am bisherigen System fest.

(5138) **Augsburg.** Die bereits 2018 auf Rekordniveau gestiegene Zahl der Kirchnaustritte scheint 2019 auf einen nochmaligen Höhenflug zu nehmen. Die bundesweit repräsentative 300.000-Einwohner-Stadt Augsburg verzeichnete im ersten Quartal 720 Austritte, also einen Zuwachs von 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass die Kirchen in diesem Zeitraum eine extrem negative Berichterstattung erfuhren. (*MIZ*-Eigenmeldung; vgl. auch *MIZ* 1/19, Meldung 5108)

(5139) **Limburg.** Die einstige Wohnung von Bischof Tebartz-van Elst wird für 225.000 Euro zum Museum umgebaut. Das im Volksmund „Museum für katholische Verschwendung“ genannte Gebäude soll der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, das Untergeschoss mit der legendären Doppel-Badewanne bleibt Lagerraum. (*KNA*, 12.4.19)

(5140) **Templin/Straßburg.** Die *Kirche des Fliegenden Spaghettimonsters Deutschland e.V.* (FSM) hat beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg Beschwerde eingelegt, weil sie sich in Deutschland diskriminiert sieht. Unterstützt wird sie dabei von der *Giordano-Bruno-Stiftung* und dem *Institut für Weltanschauungsrecht*. „Der Beschwerdeführer sieht sich als Weltanschauungsgemeinschaft und möchte von seinem Recht auf

Weltanschauungsfreiheit Gebrauch machen und seine weltanschaulichen Rituale praktizieren. Dieser Status wird ihm von deutschen Gerichten jedoch abgesprochen und die Ausübung seiner Weltanschauungsfreiheit in Teilen verweigert“, teilte die *FSM* mit.

Entzündet hatte sich der Rechtsstreit an Schildern am Ortseingang von Templin in der Uckermark im Jahr 2014. Die *FSM*-Gemeinde Uckermark hatte darauf Nudelmesse-Uhrzeiten neben einer Abbildung des Spaghettimonsters vermerkt, und zwar an jenen Masten, an denen auch die katholische und die evangelische Kirche mit Schildern auf ihre Gottesdienste hinwiesen. Der Landesbetrieb Straßenwesen hängte sie wieder ab. Die *FSM* klagte gegen den Landesbetrieb, aber weder das Landgericht noch das Oberlandes- oder das Bundesverfassungsgericht beschäftigten sich mit in der Sache.

Die *FSM* will in Straßburg erreichen, dass sie als eine eigenständige „Konfession“ der Weltanschauung des evolutionären Humanismus bewertet wird. Kritik an Religion und Dogmatismus sei ein integraler Bestandteil humanistischer Weltanschauungen. (*heise.de*, 14.4.19)

### Frankreich

(5141) **Paris.** „Der Heilige Stuhl hat von der Presse erfahren, dass die französischen Behörden eine Untersuchung gegen Erzbischof Luigi Ventura, Apostolischer Nuntius in Paris, eingeleitet haben. Der Heilige Stuhl erwartet das Ergebnis der Untersuchung“, teilte ein Vatikansprecher lapidar mit.

Gegen den Erzbischof wird wegen sexueller Belästigung ermittelt, weil er sich während eines Empfangs einem Mann unsittlich genähert haben soll. Nach Angaben eines in der Zeitung *Le Monde* zitierten Anwalts sei die behördliche Untersuchung „sehr komplex“, da Ventura die Möglichkeit habe, seine diplomatische Immunität zu nutzen. Da der Nuntius aber traditionell Vorsitzender des diplomatischen Korps ist und dort zwangsläufig eine führende Rolle einnimmt, halten es Beobachter für unvermittelbar, dass er bei einer solchen Verfehlung auf seinem Posten bleibt – zumal sich die Vorwürfe auf einen mutmaßlichen Vorfall beziehen, der sich gerade erst im Januar 2019 abgespielt hat. (*Le Monde*, 14.2.19; *vatican news*, 15.2.19; *Augsburger Allgemeine*, 16.2.19)

Anm. *MIZ*-Red.: Jetzt kann der Vatikan gleich mal zeigen, wie ernst es ihm mit der Verfolgung von sexuellem Missbrauch in den eigenen Reihen ist. Verbale Schuldeingeständnisse hat es nun ja (außer beim Papst persönlich) genug gegeben. Aus den Verbrechen der Vergangenheit haben aber einige – vielleicht sogar viele – Kleriker immer noch nichts gelernt.

(5142) **Lyon.** Kardinal Philippe Barbarin wurde zu sechs Monaten Haft auf Bewährung verurteilt, weil er dem Gericht zufolge Missbrauch vertuscht hat. Der Richter erklärte ihn für schuldig, zwischen 2014 und 2015 „Missbrauch nicht angezeigt“ zu haben. Er übergang damit das Plädoyer des Staatsanwalts, der Freispruch wegen Verjährung gefordert hatte.

Merkwürdig waren die widersprüchlichen Reaktionen der Betroffenen. Kardinal Barbarin wies einerseits den Vorwurf zurück, einen pädophilen Priester gedeckt zu haben. Folglich kündigten seine Anwälte an, in Berufung zu gehen. Andererseits kündigte Barbarin beim Papst seinen Rücktritt an, und die Französische Bischofskonferenz erklärte, dass sie das Gerichtsurteil respektiere. Kurz darauf zeigten sich die Bischöfe ebenso wie die Öffentlichkeit sehr überrascht, dass der Papst den Rücktritt ablehnte.

Im Namen der Opfer Pater Preynats begrüßte der Präsident der Vereinigung *La Parole libérée*, François Devaux, das Urteil und bezeichnete die Verurteilung als einen „großen Sieg in Sachen Kinderschutz“.

Zehn Opfer Pater Preynats hatten den Kardinal und seine Mitarbeiter verklagt, weil sie versäumt hatten, den Priester vor Gericht zu stellen und ihn von seinen pastoralen Pflichten zu entbinden. Der Pfarrer hatte in den 1970er und 1980er Jahren in den Vororten von Lyon angeblich mehr als 70 junge Pfadfinder missbraucht. Das Ausmaß des Skandals hatte eine Schockwelle ausgelöst, die die Kirche von Frankreich weit über die Diözese von Lyon hinaus erschüttert hat.

Der Erzbischof von Lyon ist der dritte französische Bischof, der in einem Fall sexuellen Missbrauchs verurteilt wurde. Im Jahr 2001 wurde Pierre Pican, der Bischof von Bayeux-Lisieux, zu drei Monaten Haft verurteilt, weil er sexuelle Übergriffe auf Minderjährige nicht angezeigt hatte. Vor kurzem, am 22. November 2018, wurde André Fort, ehemaliger Bischof von Orléans, zu acht Monaten Gefängnis verurteilt, weil er pädophile Handlungen von Geistlichen

dem Strafgericht von Orleans nicht gemeldet hatte. (*agence france presse*, 7.3.19; *Süddeutsche Zeitung*, 8.3.19)

### Italien

(5143) **Palermo.** Teile des katholischen Klerus halten unverändert an der Unterstützung der Mafia fest. Ein Karmelitenpater der Diözese Palermo würdigte jüngst den verstorbenen und wegen seiner Brutalität besonders berüchtigten Mafiaboss Tommaso Spadaro. In einer Gedenkmesse bezeichnete der Pater den Kriminellen als „unseren Bruder Tommaso“. Als ein Reporter den Geistlichen nachher auf seine wohlwollenden Worte zu Spadaro ansprach, entgegnete der Priester: „Passen Sie auf, was Sie sagen. Sonst zahlen Sie dafür. Der Herr präsentiert für solche Sachen die Rechnung.“ Der zuständige Bischof Loreface kritisierte zwar das Verhalten des Priesters, doch wurden keinerlei disziplinarische Maßnahmen oder Strafen gegen ihn verhängt. Er darf weiterhin mit kirchlicher Erlaubnis für das Seelenheil von Mafiosi beten und Messen für sie abhalten. (*Vatican News*, 17.3.19)

(5144) **Verona.** Ultrakonservative Christen und rechtsextreme Politiker haben sich in Verona zu einem „Weltfamilienkongress“ getroffen. Auf den Straßen protestierten fast 100.000 Teilnehmer gegen Intoleranz und Fremdbestimmung, u.a. mit dem Slogan „Über unsere Körper und unsere Vorlieben entscheiden wir selbst“.

Hinter dem Veranstalter steckt ein evangelikales Netzwerk aus den USA. Der *World Congress of Families* verfolgt nach eigenen Angaben das Ziel, „die natürliche Familie als einzige grundlegende und dauerhafte Einheit der

Gesellschaft zu bestätigen, feiern und verteidigen“. Als „natürliche Familie“ gilt für sie allein die Konstellation Vater, Mutter, Kind. Konkret wendet sich die Veranstaltung in Verona vor allem gegen eine Gleichstellung Homosexueller und fordert ein Referendum zur Änderung des italienischen Abtreibungsgesetzes. In Italien besteht seit 1978 die Möglichkeit einer legalen Abtreibung, was die religiösen Extremisten strikt ablehnen. Homosexuelle können in Italien nicht heiraten, aber eine eingetragene Lebenspartnerschaft eingehen.

Italiens Innenminister Salvini von der rechtsextremen Lega-Partei war einer der Hauptredner. Er forderte, heterosexuellen Paaren zu helfen, mehr Kinder zu bekommen. Sein Koalitionspartner, die Fünf-Sterne-Bewegung, sieht die Veranstaltung hingegen kritisch. Deren Wertvorstellungen gehörten größtenteils „ins Mittelalter“. Der Vatikan hielt sich von dem Kongress in Verona zwar fern, doch vertraten Papst und Kurie die Linie, das Treffen sei von der Sache her korrekt, aber von der Methode her verkehrt. (*Tagesschau*, 30.3.19)

### Österreich

(5145) **Wien.** Die österreichische Regierung hat beschlossen, dass der Karfreitag künftig nur noch ein „persönlicher Feiertag“ ist, den zwar jede Person beantragen kann, der aber auch auf das Urlaubskonto angerechnet wird. Ursprünglich war ein „halber“ Feiertag für alle im Gespräch, der ab 14 Uhr gelten sollte.

Bisher war der Karfreitag nur für die drei Prozent Protestanten und Altkatholiken ein bezahlter freier Tag,

für alle anderen hingegen ein normaler Arbeitstag. Diese Privilegierung einer religiösen Gruppe hatte der Europäische Gerichtshof als diskriminierend und „gleichheitswidrig“ aufgehoben. Die Kirchen zeigten sich überwiegend unzufrieden und forderten einen kompletten 14. Feiertag, was aber sogar die kirchennahe ÖVP mit Rücksicht auf die enormen Zusatzkosten für die Wirtschaft ablehnte. (*kathpress*, 19. u. 28.2.19; *Focus*, 27.2.19; vgl. *MIZ* 1/2019, Meldung 5113)

(5146) **Wien.** Der selbst tiefkatholische Bundeskanzler Kurz will für Schülerinnen und Schüler, die keinen Religionsunterricht besuchen, ab dem Schuljahr 2020/21 einen verpflichtenden Ethik-Unterricht einführen. Das hatte die katholische Bischofskonferenz schon vor zehn Jahren gefordert.

„Ethik wird in Zukunft noch wichtiger werden“, begründete Bildungsminister Heinz Faßmann (ÖVP) die Entscheidung, die Teil des Regierungsprogramms war. Die Kirche sei immer weniger die normgebende Kraft; doch sei „eine solche“ (christliche) Kraft für den Zusammenhalt der Gesellschaft wichtig. Bisher können sich Schüler ab 14 Jahren vom Religionsunterricht abmelden, außerdem sind inzwischen 17 Prozent konfessionsfrei. (*kathpress* 5.3.19)

Anm. *MIZ*-Red.: Wenn schon Ethik als Pflichtfach, dann für alle und mit Religion als zusätzliches Wahlfach. Andernfalls hätten die Schüler ja wieder nicht dasselbe „Fundament“, wenn für die einen die allgemeinen Menschenrechte und für die anderen ihre religiösen Werte oberste

Richtschnur sind. Außerdem werden sich damit die Obergerichte beschäftigen, wenn einerseits der Besuch des Fachs „Religionslehre“ freiwillig ist, andererseits aber bei Nichtteilnahme ein Ersatzpflichtfach vorgeschrieben wird.

## Polen

(5147) **Warschau.** Polens katholische Bischöfe stellen sich gegen die aktuell in dem Land vieldiskutierte Propagierung der Gleichberechtigung von Homosexuellen in Schulen und in der Berufswelt. Die Bischöfe sprachen sich in einer gemeinsamen Erklärung gegen die sogenannte LGBT-Charta aus. Sie behaupten, diese sehe zwar die Bekämpfung von Diskriminierungen vor, sie fördere „jedoch die Diskriminierung anderer“. Mit besonderer Sorge sehen die Bischöfe die Forderung, im Sexualkundeunterricht „Fragen der psychosexuellen Identität und der Geschlechteridentität“ einzuführen, wie es die Weltgesundheitsorganisation WHO fordere. Dies könne den Einfluss der christlichen Eltern auf die Erziehung ihrer Kinder schmälern.

Zwar beteuerten die Kleriker, dass es ihnen nicht an „Respekt für die Würde“ von Lesben, Schwulen, Bi- und Transsexuellen mangle. Allerdings hätten sie vorrangig das „Gemeinwohl der gesamten Gesellschaft und vor allem die Rechte von Eltern und Kindern“ im Blick – womit sie unterstellen, dass Schwule und Lesben diesem katholisch definierten „Gemeinwohl“ zuwiderlaufen. Dass ihnen der Respekt für Schwule und Lesben völlig abgeht, wird aus der Formulierung deutlich: „Die vorgeschlagenen alternativen Visionen des Menschen zählen nicht zur Wahrheit über die menschliche Natur, sondern

beruhen auf einer fantasievollen ideologischen Anschauung.“ Dies sei „der europäischen Zivilisation völlig fremd“ und bedrohe auch die Zukunft Europas.

Gegen die LGBT-Charta läuft auch die rechtskonservative Regierungspartei *Recht und Gerechtigkeit* seit Monaten Sturm. Das Thema dominierte im katholisch geprägten, aber tief gespaltenen Polen den Wahlkampf für die Europawahl Ende Mai, und hier erwies sich der polnische Klerus als treuer Verbündeter der Rechtskonservativen. (*Vatican News*, 13.3.19)

(5148) **Warschau.** Die polnische Kirche hat erstmals etwas konkretere Angaben zum Ausmaß des sexuellen Missbrauchs in ihren Mauern präsentiert. Den Druck erhöht hatte im Jahr 2018 der Film *Klerus*, dessen Thema in Polen auf riesiges Interesse stieß. Über fünf Millionen Menschen sahen den Film an, der damit zum meistbesuchten Film in diesem Jahrhundert wurde.

382 Kinder und Jugendliche seien laut den Akten zwischen 1990 und Juni 2018 zweifelsfrei von sexuellen Übergriffen betroffen gewesen, teilte die Bischofskonferenz mit. 198 der Betroffenen waren demnach unter 15 Jahre alt. Hinzu kommen allerdings noch 243 „unbestätigte Opfer“. Dieser Begriff, der nicht näher erläutert wurde, legt nahe, dass hier Aussage gegen Aussage steht und die Kleriker eine Schuld leugnen. 58,4 Prozent aller 625 in der Studie erwähnten Minderjährigen sind den Angaben zufolge männlich, 41,6 Prozent weiblich.

In drei Vierteln der Fälle, deren absolute Zahl ebensowenig mitgeteilt wurde wie die Zahl der Täter, seien die *kirchlichen* (und nicht etwa staatlichen!) Prozesse gegen die Geistlichen bereits abgeschlossen. Dabei sei jeder



vierte Priester aus dem Klerikerstand entlassen worden. Weitere 40 Prozent wurden nach Angaben der Bischofskonferenz suspendiert, ermahnt oder ihnen wurde verboten, mit Minderjährigen zu arbeiten. Zehn Prozent der Geistlichen seien freigesprochen worden – von der Kirche, wohlgemerkt, nicht von Gerichten.

In 42 Prozent der Fälle hätten die Minderjährigen den Missbrauch der Kirche selbst mitgeteilt, in 21 Prozent deren Angehörige. Bei sechs Prozent erfuhr die Kirche von Staatsorganen davon und in fünf Prozent der Fälle aus den Medien.

Kritiker monierten, dass die kirchlichen Angaben nicht nur unvollständig seien, sondern auch nicht vom Staat oder unabhängigen Instanzen oder Journalisten nachprüfbar seien. Ob die kirchlichen Akten an die staatlichen Gerichte ausgehändigt werden oder schon wurden, blieb offen. (KNA, 15.3.19; *american press*, 15.3.19)

(5149) **Gdansk.** Katholische Priester haben nach einer Messe Bücher und andere angeblich mit Okkultismus verbundene Gegenstände verbrannt. Die Stiftung *SMS vom Himmel* hatte zu der Aktion aufgerufen und Bilder der angezündeten Objekte in den Sozialen Netzwerken veröffentlicht. Zu sehen sind u.a. brennende *Harry-Potter*- und *Twilight*-Bücher, ringsum stehen Geistliche und Ministranten. Die Gegenstände hatten Gläubige zur Sonntagsmesse mitgebracht. Polnische Medien zogen Parallelen zu Bücherverbrennungen durch die Nazis in Deutschland. Auch die Diözese Koszalin-Kolobrzeg, in der 2012 die

umstrittene Stiftung gegründet wurde, fand „diese Form unpassend“, lehnte eine Distanzierung aber ab. Ihr Sprecher sagte vieldeutig: „Die Kirche wird Bedrohungen des Geistes immer ihre Aufmerksamkeit schenken, weil das ihre Mission ist.“ Er gehe davon aus, dass dies auch die Zielsetzung der Aktion gewesen sei. (KNA, 2.4.19)

### Schweiz

(5150) **Zürich.** Die deutschen Pfarrer sind weltweit nicht mehr Spitzenverdiener unter den Klerikern. In der Schweiz verdient ein Priester durchschnittlich 9000 Franken pro Monat, also rund 8000 Euro. Das geht aus der neusten Ausgabe der in Zürich erscheinenden Dokumentation *Lohnbuch* hervor.

Die Gehälter variieren jedoch je nach Kanton und Diözese. „Für viele Kantone beträgt das Gehalt eines Priesters etwa 9000 Franken pro Monat“, sagte Daniel Kosch, Generalsekretär der *Schweizerischen Katholischen Zentralkonferenz* (RKZ) gegenüber der Zeitung *20 Minuten*. Er hält diese Bezahlung für „ein berechtigtes Gehalt“. Schließlich habe ein Priester eine höhere Ausbildung absolviert.

„In der Diözese Sitten (Sion) werden die Gehälter der Priester in das kantonale Netz der Grundschullehrer aufgenommen“, sagt Stéphane Vergère, Verwalter der Diözese, gegenüber *cath.ch*. Konkret beginnt das Gehalt eines Priesters dort bei 5900 Franken brutto und steigt auf 8000 Franken. „Die Höhe der Vergütung ist in 11 Lohnklassen unterteilt.“ Im Kanton Bern, so Stéphane Vergère, könne das Gehalt ei-

nes Priesters bis zu 14.000 Franken pro Monat betragen.

In der Westschweizer Diözese Lausanne-Genf-Fribourg ist die Vergütung der Priester pro Jahr auf rund 75.000 Franken festgelegt, sagt Dominic Pittet, Generalsekretär der römisch-katholischen Kirche in jener Diözese. Er hält den von Daniel Kosch angegebenen Durchschnitt für angemessen.

Deutsche Kleriker sind mit einem Durchschnittsgehalt (inklusive aller Nebenleistungen) von 6000 Euro im Monat vergleichsweise „arme Schlucker“, verdienen aber immer noch mehr als 95 Prozent aller in Deutschland Beschäftigten. (*kath.ch*, 27.3.19)

## Spanien

(5151) **Madrid/Vatikanstadt.** Der Vatikan steht der Umbettung des ebenso brutalen wie fanatisch-katholischen Diktators Franco nicht im Weg. Nach Angaben von Vizeregierungschefin Carmen Calvo sagte das Staatssekretariat des Heiligen Stuhls zu, die Benediktiner als Hausherrn der Basilika anzuweisen, sich entsprechenden Plänen des sozialistischen Premiers Pedro Sanchez nicht entgegenzustellen.

Sanchez hatte bereits gedroht, den Benediktinern das Hausrecht über das Tal der Gefallenen zu entziehen. Deren Abt Cantera wollte sich hingegen nur einer Entscheidung des Obersten Gerichts beugen, falls die Nachkommen Francos weiterhin den Plan der Regierung ablehnten.

In Spanien wird seit Monaten heftig über die Umbettung gestritten, die nach dem Willen der Regierung längst hätte vollzogen sein sollen. Ende

August 2018 hatte sie ein Dekret auf den Weg gebracht, um die notwendigen juristischen Voraussetzungen zu schaffen. Der spanische Kongress stimmte Mitte September zu. Ein neuerlicher Kabinettsbeschluss vom 15. Februar sah vor, den Angehörigen 15 Tage Zeit zu geben, um einen geeigneten Bestattungsort zu wählen. Eine Familiengruft in der Madrider Almudena-Kathedrale lehnte die Justizministerin ab. Zu groß sei die Gefahr, dass eine neue Pilgerstätte für Rechtsextreme entstehe.

Erhebliche Widerstände im traditionell konservativen spanischen Klerus und bei Rechtsextremen erschwerten bislang eine Verlegung des Grabes, das sich in der Sierra de Guadarrama nahe Madrid befindet. Die dortige Gedenkstätte mit dem mehr als 150 Meter hohen freistehenden Steinkreuz und einer riesigen in den Fels gehauenen Kirche hatte Franco noch zu Lebzeiten errichten lassen. (*Süddeutsche Zeitung*, 22.2.19; *kathpress*, 23.2.19)

(5152) **Alcala de Henares.** Spanische Behörden in Spanien haben eine Untersuchung wegen „Therapie“-Angeboten des Bistums Alcala de Henares eingeleitet, mit denen homosexuelle junge Menschen von ihrer Orientierung „geheilt“ werden sollten. Derlei Behandlungen sind in der Region Madrid verboten. Ein 2016 von der Madrider Regionalregierung beschlossenes Gesetz gegen „LGTB-Phobie“ und sexuelle Diskriminierung sieht Bußgelder in Höhe von bis zu 45.000 Euro vor. Das Bistum behauptet nun, es sei nur um eine „Schulung“ in Sachen Sexualerziehung gegangen. (*El Diario*, 2.4.19)

## Vatikan

(5153) **Vatikanstadt.** 2018 sind im Vatikan 75 Personen festgenommen und weitere sechs Personen zu längeren Haftstrafen verurteilt worden. Dies geht aus dem Bericht hervor, den der vatikanische Staatsanwalt Gian Piero Milano zur Eröffnung des Gerichtsjahres 2019 für den Vatikanstaat vortrug. Weiterhin wurden 86 Anzeigen wegen Diebstählen eingereicht. Überdies wurden den vatikanischen Behörden 97 Klagen wegen Beschädigungen und 15 Anzeigen wegen Betrugsversuch vorgelegt. Zudem ging die Justiz gegen Unregelmäßigkeiten im Wirtschafts- und Finanzbereich vor. Damit gehört der Vatikan, gemessen an der Einwohnerzahl, zu den kriminellsten Staaten Europas. Konsequenterweise stellte der Heilige Stuhl nun einen zusätzlichen Staatsanwalt und einen neuen Richter ein. (*Vatican News*, 16.2.19)

(5154) **Vatikanstadt.** Die Mitte Februar im Vatikan anberaumte dreitägige Kindermissbrauchskonferenz begann mit einem Paukenschlag. Just zu Beginn musste der Vatikansprecher eingestehen, dass ein hochrangiger Mitarbeiter des höchsten Vatikangerichts, der 70-jährige Joseph Plunderson, bereits im Herbst 2018 in Pension geschickt wurde. Ein aufmerksamer Journalist fand heraus, dass er in seinem Heimatbistum Trenton im US-Bundesstaat New Jersey auf einer Liste von 200 „glaubhaft beschuldigten“ Missbrauchstätern stand und dort als „aus dem Dienst entfernt“ gelistet war. Offensichtlich wollte der Heilige Stuhl diese Tatsache verschweigen, während die Kirchenfürsten bei der

Missbrauchskonferenz ihre bisherigen Vertuschungsbemühungen zumindest rhetorisch bedauerten. Auf künftige Transparenz wollten sie sich aber auch nicht festlegen. Auf die Frage, ob die Kirchenleitung mit der Aufarbeitung von Missbrauch auch in die Vergangenheit zurückgehen werde, sagte US-Kardinal O'Malley, darüber sei bei dem Treffen nicht viel gesprochen worden. Immerhin sei als Anregung gekommen, „jeden Begriff von ‘päpstlichem Geheimnis’ zu überarbeiten“. Dieses „päpstliche Geheimnis“ ist eine amtliche Verschwiegenheitspflicht für kirchliche Verfahren oder Vorgänge, bisher darf es auch aus „schwerwiegenden Gründen“ nicht verletzt werden.

Inzwischen scheint die Zahl der Vertuscher unter den Bischöfen derart groß geworden zu sein, dass die Glaubenskongregation nun eine Liste von Bischöfen vorbereiten will, die „nicht angemessen“ gegen Missbrauch vorgegangen sind. (*Vatican News*, 21. u. 22.2.19)

Der Münchner Kardinal Marx hob in seinem Referat hervor, dass auch der Machtmissbrauch in der kirchlichen Verwaltung viel zu den Missbräuchen und deren Vertuschungen beigetragen habe. (*Vatican News*, 23.2.19) Er forderte genau jene Transparenz, die er 2012 selbst verweigert hatte, als er den ursprünglich mit der Missbrauchs-Untersuchung beauftragten Kriminologen Pfeiffer entmachten ließ. (vgl. dessen aufschlussreiches Interview in der *Zeit* vom 17.4.19). Am nächsten Tag verteidigte Marx auch die abschließende Ansprache des Papstes, die ansonsten heftige Enttäuschung hervorrief, weil sie keine konkreten

Maßnahmen beinhaltete. Selbst der in Deutschland für Missbrauchsfragen zuständige Bischof Ackermann nannte die Papstrede „ein bisschen vage“. Auch katholische Jugendverbände äußerten sich offen „enttäuscht“. Der Opferverband forderte die Abberufung aller Bischöfe, die sich der Vertuschung schuldig gemacht hatten, und die Entlassung der Täter aus dem Priesterstand – auch wenn es dann weltweit etwa 20.000 Kleriker weniger gäbe. Die eigentlich eher kirchenfreundliche *Augsburger Allgemeine* titelte ihren Leitartikel „Der Papst ist nicht bereit, die Kirche zu erneuern. Der Anti-Missbrauchs-Gipfel im Vatikan ist ein Schlag ins Gesicht der Opfer. Den Worten folgen keine Taten. Verantwortlich ist Franziskus höchstpersönlich“. (*Vatican News*, 25.2.19; *Augsburger Allgemeine*, 25.2.19)

Anm. MIZ-Red.: Kurz darauf verkündete der Papst in großer Aufmachung, dass künftig Sexualstraftäter unter den Priestern umgehend aus dem Dienst zu entfernen seien. Ganz beiläufig wurde aber bekannt, dass dies nur für das winzige Territorium des Vatikan selbst gilt, nicht aber für alle anderen Länder.

(5155) **Vatikanstadt.** Entgegen allen Beteuerungen von Vertretern des Heiligen Stuhls bleiben Frauen im Vatikan weiterhin diskriminiert. Dies mussten auch die elf Mitarbeiterinnen des Frauenmagazins im *Osservatore Romano* erfahren, nachdem sie zuletzt über den Missbrauch von Nonnen berichtet hatte. Nach massivem männlichen Druck trat die weibliche Redaktion geschlossen zurück, weil sie sich unter „direkter männlicher Kontrolle“ sah. „Wir werfen das Handtuch, weil wir uns von einem Klima des Misstrauens umgeben fühlen, in dem uns zunehmend

die Legitimation abgesprochen wird“, schrieb die Gründerin des Magazins *Donne Chiesa Mondo* (Frauen Kirche Welt), Lucetta Scaraffia, in einem Brief an den Papst.

Chefredakteur Monda wies die Vorwürfe zurück und beteuerte, er habe der Redaktion der Frauenbeilage „vollständige Autonomie und Freiheit garantiert“. Im Februar hatte das Magazin die Untätigkeit der katholischen Kirche angesichts des Missbrauchs von Nonnen angeprangert: „Wenn die Kirche weiter die Augen vor dem Skandal verschließt, wird sich an der Unterdrückung von Frauen in der Kirche niemals etwas ändern.“ Der Papst hatte daraufhin selbst eingräumt, dass sexuelle Misshandlungen von Ordensschwwestern ein Problem in der Kirche sind. (*Deutschlandfunk*, 26.3.19; *Vatican News*, 26.3.19)

(5156) **Vatikanstadt/München/Berlin.** Der Ex-Papst Joseph Ratzinger hat in einem mehrseitigen Aufsatz, abgedruckt im bayerischen *Klerusblatt*, endlich mal aufgedeckt, wer wirklich schuld ist an den pädophilen Auswüchsen der katholischen Priester: die 68er-Bewegung war es, die die damalige Gesundheitsministerin Strobel zu Sexualaufklärungsfilmern veranlasste. Darin sei „alles, was bisher nicht öffentlich gezeigt werden durfte, einschließlich des Geschlechtsverkehrs, nun vorgeführt“ worden. Auch die Schwulen mit ihren „homosexuellen Clubs“ sowie die „Auflösung der moralischen Lehrautorität der Kirche“ seien mitschuld. Nicht verantwortlich sei hingegen die Kirche, die ja „wehlos gegenüber den Vorgängen in der Gesellschaft“ und damit letztlich selbst ein Opfer sei. Selbstkritik ist ihm fremd, innerkirchliche Reformbestrebungen

lehnt er rundweg ab: „Die Idee einer von uns selbst besser gemachten Kirche ist in Wirklichkeit ein Vorschlag des Teufels“, schrieb er. Kommentatoren aller Richtungen meinten übereinstimmend, der Ex-Papst habe von der heutigen Welt offenbar nichts verstanden und es wäre besser gewesen, er hätte geschwiegen.

Im Gegensatz zu Ratzinger forderte der Leiter des Katholischen Büros in Berlin die Kirche auf, ihre schweren Fehler und Versäumnisse zuzugeben und einen selbstkritischen Weg der Umkehr zu gehen. (*Augsburger Allgemeine*, 12.4.19; *Süddeutsche Zeitung*, 12.4.19; *KNA*, 15.4.19)

## Nordamerika

### *Vereinigte Staaten*

(5157) **Charleston.** Der Generalstaatsanwalt im US-Bundesstaat West Virginia hat das Bistum Wheeling-Charleston wegen wissentlicher Beschäftigung von Pädophilen angeklagt. Das Bistum habe es versäumt, eine „sichere Lernumgebung“ zu schaffen. Vor allem warf er dem aktuellen Bischof und seinen beiden Vorgängern vor, keine ausreichenden Hintergrundüberprüfungen bei Seelsorgern und anderen Angestellten vorgenommen zu haben. Die in den Schulen des Bistums sowie bei weiteren Bildungs- und Freizeitangeboten beobachteten Verfehlungen standen „in scharfem Kontrast zu der von der Diözese angekündigten Mission, eine sichere Lernumgebung zu schaffen“. Damit habe das Bistum, das den gesamten Bundesstaat West Virginia um-

fasst, gegen Verbraucherschutzgesetze verstoßen. „Eltern, die die Diözese Wheeling-Charleston und ihre Schulen mit der Bildung und Betreuung ihrer Kinder betrauen und bezahlen, verdienen volle Transparenz“, so der Generalstaatsanwalt.

Das Bistum steht seit längerem in den Schlagzeilen. Derzeit leitet ein Amtsvertreter die Diözese, denn Bischof Bransfield darf keine priesterlichen oder bischöflichen Dienste mehr ausüben. Hintergrund sind Vorwürfe gegen ihn wegen sexueller Belästigung Erwachsener sowie finanzieller Unregelmäßigkeiten im Bistum. Unlängst hatte das Bistum angekündigt, dass es seinen Untersuchungsbericht im Zusammenhang mit den Vorwürfen gegen Bischof Bransfield abgeschlossen habe. Der Generalstaatsanwalt drängt nun darauf, diesen Bericht freizugeben. Die Kirche müsse uneingeschränkt mit der Justiz zusammenarbeiten, um alle Rechtsverletzungen aufzudecken. (*KNA*, 20.3.19)

(5158) **Washington.** Die katholischen US-Bischöfe stellen sich gegen den Entwurf des Gleichstellungsgesetzes, der jüngst in den Kongress eingebracht wurde. Der sogenannte „equality act“ will die Diskriminierung von Personen beenden, die sich als Lesben, Schwule, Bisexuelle oder Transgender („LGBT“) definieren. Zum Zweck der Gleichstellung solcher Menschen sieht das Gesetz vor, die Definition von „Geschlecht“ um die neuen Begriffe „sexuelle Orientierung“ und „Geschlechtsidentität“ im bürgerlichen Gesetz der USA zu ergänzen.

Nun warnen die Bischöfe, dies hätte weitreichende Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung, den Rechtsschutz von Frauen und Mädchen, gemeinnützige Dienste für bedürftige Bevölkerungsgruppen, Schulen und Sport, den Schutz der Privatsphäre, die Religions- und die Meinungsfreiheit sowie möglicherweise die Elternrechte. Warum sich die neuen Regelungen allerdings „zum Nachteil der Gesellschaft als Ganzes“ auswirken sollen, blieb rätselhaft.

Die Bischöfe mutmaßen, eine flexible Handhabung des Begriffs „Geschlechtsidentität“ könnte unter Umständen zu mehr physischer Gewalt führen, wenn etwa in „neutralen“ Toiletten Böswillige die Situation ausnutzen (was „Böswillige“ allerdings auch in jeder anderen Lage tun könnten, wie die Oberhirten aus den Erfahrungen mit ihren eigenen Klerikern ja wissen). Außerdem wären Notunterkünfte für traumatisierte Frauen dann eventuell verpflichtet, auch Personen aufzunehmen, die sich von ihrer Geschlechtsidentität her als transgender definieren, biologisch aber Männer sind. Unterzeichnet ist der Brief u.a. von den Vorsitzenden der Ausschüsse für „Religionsfreiheit“ und „Förderung und Verteidigung der Ehe“. (*Vatican News*, 21.3.19)

## Lateinamerika

### Chile

(5159) **Santiago.** Die katholische Kirche Chiles findet offenbar keinen Vorsitzenden der nationalen Bischofskonferenz mehr; der weder Kinderschänder noch Vertuscher von klerikalen Kinderschändungen war.

Nach Santiagos ehemaligem Bischof Kardinal Ricardo Ezzati wird nun auch dessen Übergangs-Nachfolger Bischof Celestino Aós die Vertuschung von Missbrauch vorgeworfen. Ein ehemaliger Seminarist präsentierte hierfür der Öffentlichkeit offensichtliche Beweise, wie die Tageszeitung *Nacion* berichtete.

Unabhängig davon überstellte der Vatikan inzwischen Akten an die Staatsanwaltschaft in Santiago – 20 Dokumente im Gesamtumfang von über 200 Seiten. Dort ermittelt die Behörde in 158 Fällen gegen 219 Kirchenmitarbeiter wegen Missbrauchs. Bei den mutmaßlichen Opfern gehe es um 241 Menschen, von denen 123 zum Tatzeitpunkt minderjährig waren. Auch gegen Kardinal Ezzati läuft ein Ermittlungsverfahren der chilenischen Staatsanwaltschaft. (*Nacion*, 25.3.19; *CNN Chile*, 25.3.19; *KNA*, 26.3.19)

### Costa Rica

(5160) **San José.** Staatliche Ermittler sind in Lateinamerika offenbar weniger zimperlich mit kirchlichen Behörden als in Europa. In Costa Rica durchsuchten sie die Büros des Erzbischofs von San José und der Bischofskonferenz. Dabei forschten sie nach Informationen über zwei Priester, denen sexueller Missbrauch vorgeworfen wird. Die Durchsuchung wurde live vom Fernsehen übertragen. Dabei war zu sehen, dass Beamte Dokumente und Computer in zwei Gebäuden im Zentrum von San José beschlagnahmten. Die Staatsanwaltschaft erklärte, es würde nach Hinweisen gesucht, ob Erzbischof José Rafael Quiros oder andere Kirchenleute Missbrauchsfälle von Priestern vertuscht haben oder nicht. Die Kirche versicherte, in vollem

Umfang mit den Ermittlern zu kooperieren. Erst nachträglich beschwerten sich die Bischöfe über den richterlichen Durchsuchungsbeschluss. (*americian press*, 8.3.19; *Vatican News*, 10.3.19)

### Guam

(5161) **Agaña.** Auf der westpazifischen Insel Guam praktizierte der Heilige Stuhl erstmals seine neue „harte Linie“ gegenüber Missbrauchstätern im Bischofsrang. Erst nachdem der örtliche Erzbischof Anthony Apuron nach jahrelang zurückliegenden Missbrauchsvorwürfen auch in zweiter Instanz für schuldig befunden wurde, übernimmt sein Amt nun ein Nachfolger, der schon seit 2016 als Stellvertreter eingesetzt worden war. Mehrere ehemalige Messdiener hatten den Erzbischof beschuldigt, sie früher sexuell missbraucht zu haben. Erst 2018 wurde Apuron von der Römischen Glaubenskongregation – und nicht etwa von staatlichen Gerichten, vor denen ihn die Mutter Kirche stets geschützt hatte – wegen sexuellen Missbrauchs verurteilt. Der Erzbischof legte Widerspruch ein, doch nun bestätigte die Kongregation das Urteil in zweiter Instanz. Apuron zeigte sich uneinsichtig und kritisierte das Urteil; er sei Opfer einer „koordinierten Kampagne“. Nun darf er sich zwar nicht mehr im Bereich des Erzbistums aufhalten, bleibt aber weiterhin Priester und Bischof mit entsprechender Versorgung. Nur darf er nicht mehr die Bischofsinsignien – Bischofsstab, Brustkreuz und Mitra – tragen. (*KNA*, 6.4.19)

### Kolumbien

(5162) **Bogota.** Kardinal Ruben Salazar hat in einem Interview mit der Wochenzeitung *Semana* eingeräumt, dass es in Kolumbien mehr als 100 Fälle von sexuellem Missbrauch durch Priester gebe. „Allein in Bogota kennen wir 12 Fälle von Missbrauch, und für ganz Kolumbien können wir von mehr als 100 Fällen sprechen ... Etliche Bischöfe glauben aber immer noch, dass dies gelöst werden kann, wenn man dies intern bespricht, und dass eine Beschwerde nicht notwendig ist. Sie sehen das als moralisches Problem des Priesters an und nicht als zivilrechtliches Verbrechen“, führte er aus.

Noch im Oktober 2015 hatte Bischof Luis Augusto Castro Quiroga, damals Vorsitzender der Kolumbianischen Bischofskonferenz, angegeben, dass er „zu diesem Zeitpunkt nicht weiß, ob es Fälle von Pädophilie gibt“. „Ich denke, es gab sie in der Vergangenheit, aber das sind ganz außergewöhnliche Fälle. Man kann nicht sagen, dass die katholische Kirche dafür verantwortlich ist“, so Castro Quiroga damals. Inzwischen haben die sozialen Netzwerke und die säkulare Presse dem Klerus gewaltig auf die Sprünge geholfen, gab Kardinal Salazar zu. Nun versprach er, dass die Kirche alle bisher erhobenen Vorwürfe von Missbrauch neu untersuchen werde. (*Vatican News*, 13.3.19)

### Afrika

#### Ruanda

(5163) **Kigali.** Ruanda ist noch immer geprägt vom Völkermord, der vor einem

Vierteljahrhundert die Infrastruktur zerstörte und massive Spaltungen verursachte. Damals wurden binnen dreier Monate bis zu 800.000 Tutsi und gemäßigte Hutu von radikalen Hutu-Milizen ermordet, wobei die katholische Kirche des Landes eine verheerende Rolle spielte. Peter Meiwald vom katholischen Hilfswerk *Misereor* warf ihr im Interview mit *Vatican News* vor, den für den Heilsprozess dringend notwendigen Dialog auch heute noch zu verweigern. „Man muss leider sagen, dass die Kirche sich sehr schuldig gemacht hat. Sie war prägender Teil im Völkermord. Bei den Tätern hat es Priester gegeben, auch bei denen, die weggeschaut bzw. das alte System stabilisiert haben. Als Institution hat die Kirche im Rahmen des Völkermords wirklich versagt und es hat viel zu lange gedauert, das öffentlich anzuerkennen und um Entschuldigung zu bitten.“ Heute müsse man davon ausgehen, dass die Ruander ein schwieriges Verhältnis zur Kirche haben. „Sie haben viel Vertrauen in die katholische Kirche und in andere Religionsgemeinschaften verloren.“ (*Vatican News*, 6.4.19)

## Asien

### *Brunei*

(5164) **Bandar Seri Begawan.** Der autoritär regierte islamische Kleinstaat Brunei führt trotz internationaler Proteste die Todesstrafe für Homosexuelle ein, wenn die Partner tatsächlich Sex haben. Grundlage für die dann folgende Steinigung ist die Scharia. Betroffen sind auch Ausländer. Schwule und Lesben sind dort seit Jahrzehnten unterdrückt. (*dpa*, 29.3.19)

Anm. *MIZ*-Red.: Kurz vor Redaktionsschluss zeigten die weltweiten Proteste Wirkung: Der Herrscher beschloss, die Anwendung des neuen Gesetzes „vorerst“ auszusetzen.

### *Indien*

(5165) **Jalandha.** Dem indischen Bischof Franco Mulakkal droht wegen schweren Sexualdelikten eine lebenslange Haft. Eine Ordensfrau beschuldigt den Bischof, sie zwischen 2014 und 2016 bei Besuchen in Kerala mehrfach vergewaltigt zu haben. Er selbst bewertet die Vorwürfe als Racheakt, doch scheint es Zeuginnen gegeben zu haben, denn mehrere Ordensfrauen protestierten wiederholt öffentlich vor dem Obersten Gerichtshof Keralas und forderten die Verhaftung des Bischofs. Die betroffene Nonne wandte sich schließlich aus Frustration über die Untätigkeit der örtlichen Polizei und Kirche im Frühjahr 2018 in einem langen Brief an den Vatikan, der im September einen Übergangsleiter für die Diözese des 55-Jährigen ernannte, ohne jedoch den Bischof abzusetzen. Am 21. September 2018 wurde der Bischof festgenommen, drei Wochen später aber gegen Kautions- und Reiseauflagen wieder auf freien Fuß gesetzt. Nach Abschluss der Ermittlungen legen die Justizbehörden dem Bischof nunmehr Vergewaltigung, Nötigung und Freiheitsberaubung zur Last. Mulakkal ist damit der erste indische Bischof, dessen Name in einem polizeilichen Anklageprotokoll auftaucht. Der Fall schlägt in ganz Indien seit Monaten hohe mediale Wellen und erschüttert die katholische Kirche. (*kathpress*, 10.4.19)



## Philippinen

(5166) **Manila.** Der philippinische Präsident Duterte fordert die Todesstrafe für geistliche Missbrauchstäter. In einer viel beachteten Rede sagte er laut einheimischen Medienberichten, er würde Geistliche, die sich an Kindern vergehen, „wirklich umbringen“. Die Welt wäre eine bessere, wenn man solche Priester „noch heute töten“ würde. (KNA, 27.3.19)

Anm. MIZ-Red.: Dass sich die katholische Kirche darüber heftig erregt, ist verständlich. Schließlich brächte man mit einem solchen Massenmord in manchen Landstrichen die klerikalen Aktivitäten weitgehend zum Erliegen.

## Türkei

(5167) **Ankara.** Staatschef Erdoğan strebt weiterhin enge Kontakte zum Vatikan an mit dem Ziel, den Einfluss des Religiösen in Europa zu stärken. Daher ernannte er seinen Ex-Pressesprecher Göktaş zum neuen türkischen Botschafter beim Heiligen Stuhl. Dieser studierte islamische Theologie an der Marmara-Universität in Istanbul und hat einen Abschluss in Religionsgeschichte der Päpstlichen Universität Gregoriana in Rom. Auch sein Vorgänger auf dem Botschafterposten, Mehmet Pacaci, war Theologe und nicht Berufsdiplomat; er diente zuvor als Spitzenbeamter im türkischen Religionsamt. (KNA, 22.3.19)

## Ozeanien

### Australien

(5168) **Melbourne.** Wie erst Ende Februar bekannt wurde, ist Kardinal Pell, einst die Nummer drei der vatikanischen Hierarchie nach Papst und Kardinalstaatssekretär, bereits im Dezember 2018 wegen des Missbrauchs von zwei 13-jährigen Chorknaben schuldig gesprochen worden. Zwei Tage später wurde er verhaftet. Während Pell alle Vorwürfe leugnete und in Berufung gehen will, räumte sein Anwalt Übergriffe seines Mandanten ein und entschuldigte sich dafür, diese als „Blümchensex“ heruntergespielt zu haben. (Augsburger Allgemeine, 26.2., 28.2. u. 1.3.19)

Als Strafmaß wurden zwei Wochen später sechs Jahre Haft festgesetzt, wobei das Alter des 77-jährigen mildernd berücksichtigt wurde. Nach drei Jahren und acht Monaten Haft kann der Rest auf Bewährung ausgesetzt werden. Der Papst hat Pell bisher weder aus dem Priesterstand entfernt noch ihm den Kardinalsrang aberkannt. (katholisch.de, 13.3.19)

# Impressum

## MIZ – Materialien und Informationen zur Zeit

Politisches Magazin für Konfessionslose  
und Atheist:IN:innen

ISSN 0170-6748

**Redaktion:** Christoph Lammers (v.i.S.d.P.), Nicole Thies, Daniela Wakonigg, Frank Welker

**Ständige Mitarbeiter:innen:** Petra Bruns, Colin Goldner, Gerhard Rampp, Michael Schröter

**Anschrift der Redaktion:** MIZ-Redaktion,  
Postfach 100 361, 63703 Aschaffenburg  
Fon (06021) 581 734, Fax (0321) 211 989 72  
redaktion@miz-online.de  
www.miz-online.de

**Meldungen für die Internationale Rundschau an:**  
Gerhard Rampp, rundschau@miz-online.de

**Herausgeber:** Internationaler Bund der Konfessionslosen und Atheisten (IBKA e.V.), Tilsiter Str. 3, 51491 Overath.

**Verlag:** Alibri Verlag GmbH

**Druck:** Druckhaus Stil, Stuttgart

**Nachdruck und Vervielfältigung:** Auch auszugsweise nur mit Genehmigung der Redaktion und vollständiger Angabe von Nr./Jahr und Nennung des ungekürzten Titels dieser Zeitschrift.

**LeserInnenbriefe** sollten als solche gekennzeichnet werden; sie erscheinen außerhalb der Verantwortung der Redaktion. Kürzungen bleiben vorbehalten.

**Namentlich gekennzeichnete Beiträge** geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

**Manuskripte:** Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos, Illustrationen und Datenträger keine Haftung. Sie werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegt.

**Erscheinungsweise:** vierteljährlich, jeweils April, Juli, Oktober und Januar.

**Preis des Einzelheftes:** Euro 5.- zuzüglich Porto.

**Bezugspreis im Abonnement:** Euro 18 (Inland), Euro 22 (Ausland), jeweils inkl. Porto u. Verpackung. Ein Abonnement umfasst vier Hefte; nach Ablauf verlängert es sich automatisch um ein Jahr, wenn nicht vier Wochen nach Erscheinen der letzten im Abonnement enthaltenen Nummer schriftlich beim Alibri Verlag gekündigt wird. Für Mitglieder des IBKA ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

**MIZ-Abonnement und Einzelbestellungen an:**  
Alibri, Postfach 100 361, 63703 Aschaffenburg

**Bankverbindung:** Alibri Verlag GmbH, Sparkasse Aschaffenburg, Konto 1129 7868, (BLZ 795 500 00)

## Frühere MIZ-Ausgaben

Viele ältere Nummern der MIZ sind noch lieferbar. Ob Sie nun die MIZ kennenlernen wollen, ihre Sammlung komplettieren oder einfach mal reinschaun, wie die Zeitschrift vor zehn oder zwanzig Jahren ausgesehen hat – Sie können sowohl einzelne Ausgaben als auch sortierte Pakete nachbestellen.

**MIZ 1/19** Schwerpunktthema Internationale Unterstützung für bengalische Blogger; außerdem: Ist das syrische Regime wirklich säkular? \* Querfront gegen Säkularismus \* Interview mit Kristina Hänel

**MIZ 4/18** Schwerpunktthema 100 Jahre Waldorfschule; außerdem: Berliner Neutralitätsgesetz \* Trennung von Staat und Kirche in Griechenland \* Iran 40 Jahre nach der „Islamischen Revolution“

**MIZ 3/18** Schwerpunktthema Revolution und Säkularismus; außerdem: Kirchlicher Missbrauch \* Eingepflicht \* Kritik an #unteilbar

**MIZ 2/18** Schwerpunktthema Der EuGH und das kirchliche Arbeitsrecht; außerdem: Nationalsozialismus und Gottgläubigkeit \* Jupiter im laizistischen Staat

**MIZ 1/18** Schwerpunktthema Vollverschleierung und Frauenrechte; außerdem: Berliner Neutralitätsgesetz \* Genitale Selbstbestimmung \* Säkulare Szene und Rackettheorie

**MIZ 4/17** Schwerpunktthema Wunder, Heiler, Aberglauben; außerdem: Türkei unter Erdoğan \* Die Verfolgung religiöser Organisationen in Nordkorea

**MIZ 3/17** Schwerpunktthema „Mein Körper gehört...“; außerdem: Französische Sondergebiete \* Luther & Müntzer

**MIZ 2/17** Schwerpunktthema Die Wahlprogramme der Parteien; außerdem: Katholikentag 2018: Farce um städtische Sachleistungen \* Maaslose Zensur

**MIZ 1/17** Schwerpunktthema Luderjahr und die lutherische Kirche; außerdem: François Fillon – der Kandidat der religiösen Rechten \* Humanismus für alle

**MIZ 4/16** Schwerpunktthema Die Verhältnisse zum Tanzen bringen; außerdem: Religiöse Voraustrauung \* Ateizm Derneği

**MIZ 3/16** Schwerpunktthema Evas Selbstermächtigung; außerdem: 10 Jahre AGG: Da geht noch was! \* Post aus dem Syrienkrieg

**MIZ 2/16** Schwerpunktthema Was gehört in die Köpfe der Kinder?; außerdem: Die Linke versagt im Kampf um ein aufgeklärtes Europa

Einzelheft Euro 5.- (ab 1/14)

Probepaket (drei ältere Hefte) Euro 5.-

Schnuppern in den 90ern (5 Hefte) Euro 5.-

Schnuppern in den 80ern (5 Hefte) Euro 5.-

Schnuppern in den 70ern (10 Hefte) Euro 5.-



Mina Ahadi mit Sina Vogt  
**Ich habe abgeschworen**

Warum ich für die Freiheit und  
 gegen den Islam kämpfe

261 Seiten, 20 Abbildungen

kartoniert, Euro 18.-

ISBN 978-3-86569-303-7

Mina Ahadis Leben steht beispielhaft für den Kampf für Menschenrechte und gegen Fundamentalismus. Aufgrund ihrer oppositionellen Haltung zur Islamischen Republik war sie gezwungen, 1981 in den Untergrund zu gehen. Nach ihrer Flucht nach Europa blieb sie aktiv im Kampf gegen das islamische Regime. Sie engagierte sich gegen die Todesstrafe, gründete 2007 den *Zentralrat der Ex-Muslime* und ist in der *Säkularen Flüchtlingshilfe* aktiv.

In *Ich habe abgeschworen* erzählt sie ihre Lebensgeschichte und von ihrem atheistischen und feministischen Engagement.

*Wer begreifen will, was „aufrechter Gang“ bedeutet, sollte das Buch von Mina Ahadi lesen. Sie ist ein Vorbild für alle, die sich sowohl gegen Islamismus als auch gegen Rechtspopulismus engagieren, um die Menschenrechte zu verteidigen.*

Michael Schmidt-Salomon

**Alibri**

Forum für Utopie und Skepsis • [www.alibri.de](http://www.alibri.de)  
 Postfach 100 361 • 63703 Aschaffenburg  
 Fon (06021) 581 734 • eMail [verlag@alibri.de](mailto:verlag@alibri.de)